

IHRE FREIHEIT UND UNSERE FREIHEIT

Die Protzen des internationalen Finanzkapitals gaben in Fortsetzung der in Locarno eingeschlagenen Linie ein Manifest heraus, in dem sie aufrufen, „den Handel von allen niederdrückenden Beengungen zu befreien“. Im Manifest lesen wir:

„Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Politiker in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß, daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist.“ „... können wir nicht ohne schwerwiegende Bedenken eine Politik mit ansehen, die die Verarmung Europas bedeutet.“ ... „Aber wir wünschen unserer festen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiedereinführung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit in sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wieder herzustellen.“

Wie es zu erwarten war, fand das Manifest der Bankiers in der sozialdemokratischen Presse begeisterten Widerhall. Der „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1926 schrieb aus Anlaß dieses Manifestes:

„Acht Jahre größter wirtschaftlicher Wirrnisse und Not mußten über Europa kommen, ehe sich die führenden Geister der privatkapitalistischen Wirtschaft und Finanz zu diesem Bekenntnis durchzuringen vermochten. Die Arbeiterschaft hingegen hat von jeher in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften für den Freihandel in der Welt gekämpft.“

Nach der Meinung des „Vorwärts“ haben die Bankiers endlich den Standpunkt der Sozialdemokratie angenommen. Richtig ist natürlich, daß die Sozialdemokratie sich im Schlepptau der Bankiers befanden und befinden.

Sogar die bürgerliche Presse der interessierten Länder wagt es nicht, die Motive zu idealisieren, die die Bankiers veranlaßten, dieses Manifest niederzuschreiben, und als bare Münze zu nehmen, was dort geschrieben steht, so wie dies der Lakai der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, tut. In der französischen bürgerlichen Presse wurde vermerkt, daß dieses Manifest, das die Grundlagen des Versailler Friedens enthält, am meisten den Interessen Deutschlands entspricht. Diese Presse sagt: Dem Manifest ist der Stempel „Made in Germany“ aufgedrückt, und die deutsche bürgerliche Presse verheimlicht nicht, daß Deutschland an der Verwirklichung dieses Manifestes außerordentlich interessiert ist. Die „Kölnische Zeitung“ vom 19. Oktober 1926 schreibt z. B.:

„Deutschland kann angesichts seiner wirtschaftsgeographischen Lage und seines durch Ueberbevölkerung und gewaltige Kriegsschuldung bedingten Zwangs zu hochwertiger Produktion und zum ungehemmten Welthandel mit einer Politik, die sich gegen die hohen Zollschranken und die zahlreichen und sinnlosen Erschwerungen des internationalen Handels wendet, nur einverstanden sein.“

Aber trotz allem verbindet die deutsche Bourgeoisie mit dem Manifest nicht jene pazifistischen Illusionen, die die sozialdemokratische Presse daran knüpft. Dr. Felix Pinner bemerkt im „Berliner Tageblatt“ vom 20. Oktober 1926, daß im Manifest nur allgemeine Stellen enthalten und keine konkreten Wege zur Verwirklichung der Handelsfreiheit aufgezeigt sind. Er bemerkt ferner, daß das Manifest nur die Vertreter des Finanzkapitals unterschrieben haben:

„Für Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Tschechoslowakei und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben sogar ausschließlich Kaufleute unterschrieben.“

Nur unter den deutschen Unterschriften finden wir Führer der Industrie, wie z. B. die Unterschrift Boschs aus der Farbenindustrie, Felix Deuschs aus der elektrotechnischen Industrie, Siemens' und des Generaldirektors Vögler aus der Stahlindustrie. Aber auch die deutsche Industrie, sagt der Autor, beschreitet in der Praxis nicht den Weg, den das Manifest festgelegt hat:

„Man ist zwar dabei, die Abschließung der nationalen Industrie zu überwinden, aber man überwindet sie nicht durch den freien Handel, sondern durch internationale Syndikate, die den Markt jedes Produktionslandes noch geschlossener und abgeschlossener der heimischen Produktion reservieren, als dies Hochschutzzölle tun können und je bisher getan haben.“

Noch skeptischer verhält sich das ehemalige Stinnes-Organ, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 20. Oktober zum Manifest. Diese Zeitung vermerkt, daß das Manifest, das von solchen amerikanischen Finanzmagnaten, wie Morgan, unterschrieben ist, während es von der Handelsfreiheit in Europa spricht, das Bestehen hoher Schutzzölle in Amerika verschweigt. Diese Bemerkung hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Wir wissen, daß der Finanzminister der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Mellon, offiziell im Namen der Regierung Coolidge bestätigt, daß die Deklaration der internationalen Finanzwelt ausschließlich Europa angeht und in keiner Beziehung zu den Vereinigten Staaten steht. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ deckt weiterhin den Sinn folgender rätselhafter Worte des Manifestes auf:

„Eine nicht unähnliche Situation würde entstehen, wenn ein Staatenbund die Bande zerreißen würde, den gegenseitigen Handel zu hemmen und mit Strafen zu belegen, anstatt ihn zu fördern.“

Die Zeitung entziffert den Sinn dieser Worte:

„Hat man darin vielleicht eine Anspielung auf das Verhältnis des englischen Mutterlandes zu den Gliedern des englischen Imperiums zu erblicken?“

Die englischen Finanzleute, die das Manifest unterschrieben, sind ebenfalls nicht abgeneigt, die Handelsfreiheit zur Balkanisierung Europas zu verkünden, indem sie den Protektionismus für sich in Anspruch nehmen. Die Zeitung vermerkt schließlich, daß die französischen und italienischen Finanziere, die das Manifest unterschrieben, sich Vorbehalte reservieren, die das Manifest vollkommen wertlos machen. Wir sehen, daß auch bei dieser Gelegenheit die deutsche Sozialdemokratie als treuer Lakai der Bourgeoisie, die sogar selbst nicht wagt, dieses Manifest im pazifistischen Sinne auszulegen, ihrem Herrn vorausläuft und aus Anlaß derartiger Aktionen der Bourgeoisie im Proletariat pazifistische Illusionen sät.

Das hochtrabende Manifest der Bankiers erinnert in gewissem Maße an die aufgeblasenen Reden der englischen Free Traders beim Sturz der Getreidezölle in England. Wir wissen, wie Marx auf diese aufgeblasenen Phrasen reagierte. In seiner Brüsseler Rede über den Freihandel im Januar 1849 sagte er:

„Die Abschaffung der Korngesetze in England ist der größte Triumph, den der Freihandel im 19. Jahrhundert errungen hat.“

„Aber, wunderbar! Das Volk, dem man um jeden Preis billiges Brot verschaffen will, ist sehr undankbar. Das wohlfeile Brot ist in England ebenso verrufen, als die wohlfeile Regierung in Frankreich. Das Volk erblickt in den Männern voll Hingebung, in einem Bowring, einem Bright und Konsorten, seine größten Feinde und die unverschämtesten Heuchler.“

„Die englischen Arbeiter haben die Bedeutung des Kampfes zwischen den Grundbesitzern und den Kapitalisten sehr gut begriffen. Sie wissen sehr wohl, daß man den Preis des Brotes herunterdrücken wollte, um den Lohn herabzudrücken, und daß der Kapitalprofit um soviel steigen würde, als die Rente fiel.“

„Lassen Sie sich nicht durch das abstrakte Wort Freiheit imponieren. Freiheit wessen? Es bedeutet nicht die Freiheit eines einzelnen Individuums gegenüber einem anderen Individuum. Es bedeutet die Freiheit, welche das Kapital genießt, den Arbeiter zu erdrücken.“

„... im allgemeinen ist heutzutage das Schutzzollsystem konservativ, während das Freihandelssystem zerstörend wirkt. Es zersetzt die früheren Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit etnem Wort, das System des Freihandels beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel.“

Seit dieser Zeit, als Marx diese Rede hielt, hat sich die historische Situation grundlegend geändert, aber das, was Marx 1849 über die Heuchelei der Schützer der Handelsfreiheit sagte, ist auch jetzt in der Epoche des verfaulenden Kapitalismus auf das Manifest der Bankiers anzuwenden. Dient etwa dieses Manifest der Versöhnung der Völker? Eröffnet es eine pazifistische Aera, wie es die Sozialdemokraten hinstellen? Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wir beobachten jetzt in der kapitalistischen Welt zwei einander bekämpfende Tendenzen. Die verschuldeten kapitalistischen Länder, in denen das Industriekapital noch die führende Rolle spielt (wie Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Polen), klammern sich an die unzähligen Luftschlösser, die der Versailler Frieden schuf. Nicht ohne Grund erklärte die beim Handelsminister erscheinende Delegation französischer Industriellen, daß die französische Industrie an der Ausarbeitung des Manifestes nicht Anteil nehmen könne. Nicht umsonst schrieb die Zeitung „Lavora d'Italia“, daß dieses Manifest eine Verschwörung des internationalen Judentums sei, das alle Länder zu versklaven wünsche. Nicht ohne Grund erklärte der Finanzminister und der Premierminister Polens, Grabski, daß „die Verwirklichung des Plans der Bankiers die polnische Industrie vernichten und Polen zu einer Macht machen würde, die in wirtschaftlicher Hinsicht vollkommen von anderen abhängig wäre“. In diesen Schuldnerländern und unter diesen Gruppen des Industriekapitals reifen keine Pläne des Freihandels, sondern private Verteidigungs- und Angriffsübereinkünfte und reift eine Vereinbarung über ein Zollbündnis Europas gegen die Vergewaltigungen durch den amerikanischen Dollar heran.

Eine andere Tendenz zeigt sich in der letzten Zeit in den Gläubigerländern, in den Ländern mit gewaltigem Finanzkapital, wie die Vereinigten Staaten Nordamerikas und England, sowie bei der monopolisierten und vertrusteten Industrie, wie z. B. die chemische, die Elektro- und Stahlindustrie Deutschlands, deren Magnaten das Manifest unterschrieben haben. Sie reden über Handelsfreiheit. Aber welche Freiheit des Handels meinen sie? Wir sahen schon, daß auch die britischen und amerikanischen Finanzmagnaten vorbehaltlos nur für die Freiheit des Handels auf dem balkaniserten Kontinent Europas, nicht aber in ihren eigenen Ländern sind. Im speziellen weicht in den Vereinigten Staaten Nordamerikas die Kapital

exportierende und Europa kreditierende Morgan- und Rockefeller-Gruppe, deren politischer Vertreter Coolidge ist, und die bereit wäre, die hohen Schutzzölle in Amerika zu beseitigen, um es Europa zu erleichtern, seine Schulden in Form von Waren abzuführen, vor einer anderen — der Chikagoer Kapitalistengruppe, zurück, die eine Zollbarriere des amerikanischen Kontinents zur stärkeren Ausbeutung Südamerikas fordert. So ist das Ziel, das das Manifest der Bankiers verfolgt, nicht Handelsfreiheit überhaupt, sondern die Freiheit des wirtschaftlichen Kampfes um die Kapitalanlagesphären im balkanisierten Europa. Dieses Streben zum freien ökonomischen Kampf schließt aber nicht aus, sondern kündigt neue bewaffnete Konflikte an, für die ohnehin nicht wenig Anlässe vorhanden sind. Nicht ohne Ursache wendet die Chikagoer Kapitalistengruppe als Hauptargument gegen die mächtige Neuyorker Finanzgruppe ein, daß ihre Politik des kapitalistischen Eindringens in Europa, die Vereinigten Staaten Nordamerikas in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen droht. Dieses Argument bedeutet nicht nur ein polemisches Manöver seitens der Chikagoer Kapitalistengruppe. Wir wissen, daß die Vereinigten Staaten Nordamerikas jetzt Unsummen für die Bewaffnung, für die Vorbereitung zum Kriege auswerfen und daß dieses „pazifistische“ Land in der Militarisierung jetzt alle Länder der Welt überflügelt hat.

Welches unmittelbare wirtschaftliche Ziel verfolgt das Manifest der Bankiers, das den freien Handel fordert? Zynisch enthüllt es sich selbst. Im Manifest ist zu lesen:

„Hinter den Zollmauern wurden, ohne wirkliche ökonomische Grundlagen zu haben, neue regionale Industrien begründet, die gegenüber der Konkurrenz nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, daß die Zollmauern noch höher wuchsen.“

Das heißt, daß die Finanzmagnaten der ganzen Welt unter der Flagge der Handelsfreiheit sich das Ziel setzen, die Industrie der schwachen Länder des balkanisierten Europas aufzusaugen, Mitteleuropa zu agrarisieren und es in ihre Kolonie zu verwandeln.

Das Manifest der Bankiers stellt das Vorspiel zu einem erbitterten Kampf zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Räuber dar, die sich, jede auf ihre Art, bemühen, mit ihren Methoden die im Resultat des Weltkrieges entstandenen kleinen europäischen Staaten aufzusaugen wie auch die wirtschaftlich durch das Außenhandelsmonopol sich schützende Sowjetrepublik auf die Knie zu zwingen. Und dieses heuchlerische Manifest wird von der Sozialdemokratie als der Ausdruck des Willens zum Frieden und zur Freiheit der endlich zur Einsicht gekommenen Weltbankiers gepriesen! Eine schamlosere Reklame für das Kapital kann man sich nicht vorstellen!

Aber was schlägt denn Ihr Kommunisten vor, so fragen uns diese Lakaien der Bourgeoisie. Ihr seid also für die Aufrechterhaltung der durch den Krieg aufgehäuften unzähligen Zollgrenzen? — O nein! Auch wir wollen sie vernichten. Aber nicht mit der Methode, mit der das Finanzkapital mit eurer Unterstützung, Verehrteste, vorgeht, sondern mit der Methode der proletarischen Revolution und der Aufrichtung des Bundes der Sowjetrepubliken in Europa. Wie wir diese Frage lösen, haben wir bereits in der Praxis gezeigt. In der USSR gibt es verschiedene Nationalitäten — Völker, die in ökonomischer Hinsicht rückständiger, und andere, die entwickelter sind.

Die Sowjetmacht hat die Scheidewände zwischen diesen Völkern niedergerissen, nicht damit das ökonomisch entwickeltere Großrußland die rückständigen Gebiete und Nationen ausbeuten kann, sondern im Gegenteil, um diesen zu helfen, sich ökonomisch aufzurichten und sich zu industrialisieren. Es genügt, einige wenige Illustrationen anzuführen.

Was für eine Politik betreibt die Sowjetmacht in Transkaukasien, in Aserbeidschan, Georgien und Armenien? Die Bruttoproduktion in 17 Zweigen der Industrie der transkaukasischen Sowjetrepublik betrug im Wirtschaftsjahr 1924/25 27,1 Millionen Rubel gegen 17,9 Millionen Rubel im vorhergehenden Wirtschaftsjahr 1923/24. Folglich stieg im Laufe eines Jahres die Produktion dort um 50,6 Prozent. Die Produktion der Baumwolle reinigenden Industrie im Wirtschaftsjahr 1924/25 überstieg die Produktion des vorhergehenden Wirtschaftsjahres um das 4,8fache. Die Produktion der Manganerz-(Brauneisenstein-)gruben steigerte sich im Laufe eines Jahres fast um 60 Prozent. Die Produktion der Seifensiedereien und Oelmühlen stieg um 200 Prozent, die der Konfektion um 78 Prozent und endlich die der Lederindustrie um 70 Prozent. In der transkaukasischen Sowjetrepublik gibt es zur Zeit eine Reihe von Industriezweigen, deren Produktion schon jetzt die entsprechenden Ziffern von 1912 überflügelt. Zur Zahl dieser Wirtschaftszweige gehört die Zement- und die Ziegelindustrie; dann die Salzgewinnung, die das 3½fache der Vorkriegszeit beträgt. In der transkaukasischen Sowjetrepublik ist jetzt eine Reihe von Betrieben entstanden, die in der Vorkriegszeit nicht existierten. Zu solchen Unternehmungen gehören die Aserbeidschanische Konfektion, die Kutaisser Tuchfabrik, die Leninakaner Baumwollspinnerei und -weberei und die Gandschiner Tuchfabrik.

Die gleiche Politik betreibt die Sowjetmacht in Zentralasien. Die Sowjetmacht beschränkt sich hier nicht auf energische Maßnahmen zur Verbesserung der Bewässerungsanlagen und der Entwicklung der Baumwollkulturen, die die Union von der Notwendigkeit, Baumwolle im Ausland kaufen zu müssen, befreien soll. Die Sowjetmacht stellt sich hier die Entwicklung einer selbständigen lokalen Industrie zum Ziel. Für das Wirtschaftsjahr 1925/26 wird die Produktion der Landwirtschaft und der Industrie in Zentralasien auf 534 Millionen Rubel veranschlagt. Von dieser Summe entfallen auf die Staatsindustrie 24,4 Prozent. Nach einem detailliert ausgearbeiteten Plan für 5 Jahre wird der Gesamtwert der Produktion der Landwirtschaft und Industrie auf 1046,7 Millionen Rubel im Wirtschaftsjahr 1930/31 gesteigert werden, wovon auf die Staatsindustrie 37 Prozent entfallen sollen. In einem Buch, das „Die Grundzüge des Wirtschaftsplanes für Zentralasien“ für die Zeit von 1926/27 bis 1930/31 darlegt, wird das Hauptproblem, das sich die Sowjetmacht in Zentralasien stellt, wie folgt formuliert:

„Dieses Problem wird nach zwei Richtungen hin verfolgt: Nutzbarmachung der Bodenschätze Zentralasiens und der Verarbeitung der heimischen Rostoffe. Dieses Problem ist mit der Frage der Schaffung eines Kadern von Industrieproletariern aus der einheimischen Bevölkerung verbunden. Durch die Industrialisierung soll Zentralasien aus einem Agrargebiet zu einem Gebiet mit kombinierter Agrarwirtschaft und Industrie werden.“

Das sind unsere zwei Wege zur Freiheit.

Die Freiheit, die die Bankiers und ihre Nachbeter, die Sozialdemokraten, erstreben, ist die Freiheit für die kapitalistische Exploitation, für die Agrarisierung der rückständigen Länder und für ihre ökonomische Verklavung durch das allmächtigste Kapital der imperialistischen Welt. Die Sowjetmacht und die Kommunistische Partei erstreben dagegen die Freiheit zur Vernichtung der Exploitation, im Interesse der Industrialisierung der rückständigen Länder und Nationalitäten, ihrer Eingliederung in das Werk des sozialistischen Aufbaus.

F.:

DAS FRANZÖSISCH - DEUTSCHE ABKOMMEN

Für den Versailler „Frieden“, der bereits seit Locarno moralisch wurmstichig ist, beginnt nunmehr auch eine Zeit der materiellen Liquidierung. Hin ist aber hin! Hin ist die in den Grund gebohrte deutsche Kriegsflotte. Hin ist auch die unter den siegreichen Mächten aufgeteilte deutsche Handelsflotte. Dahin ist auch eine ganze Menge der schon während der Kriegszeit von den Alliierten angeeigneten deutschen Patente und eine Menge anderweitigen Besitzes deutscher Firmen und deutscher Bürger. Alles dies ist aber, trotz Milliardenwertes, eine Bagatelle im Vergleich mit dem, was den Deutschen durch den Versailler Vertrag entrissen oder auferlegt wurde, wie die Reparationen, die Besetzung des Rheinlandes, der obwohl formell nur provisorische und vorübergehende Verlust des Saargebietes, ferner Militärkontrolle, Entwaffnung, Kolonialverluste und territoriale Verluste im Osten und Westen. Eine Liquidierung oder auch nur eine Revision dieses Teiles des Versailler Erbes würde eine Liquidierung und Revision des materiellen Hauptinhaltes des Sieges der Alliierten bedeuten, was auf die endgültige moralische Rehabilitierung Deutschlands hinauslaufen und dessen Gleichsetzung mit anderen Großmächten sichern, bekräftigen würde. Eine solche Liquidierung, eine solche durchgreifende Revision des Versailler Friedens steht nunmehr bevor. Ja mehr als das, sie ist bereits Gegenstand von Verhandlungen zwischen den daran interessierten Parteien.

Objektiv genommen, war dies von Anfang an unvermeidlich. War es denn möglich, ohne Schädigung für die Sieger selbst, eine solche Größe, wie Deutschland es ist, aus der Weltwirtschaft und aus dem politischen Gleichgewicht des Weltsystems auszuschalten? Bereits kurz vor Abschluß des Waffenstillstands äußerte sich Lloyd George, der öffentlich die Notwendigkeit der Vernichtung Deutschlands predigte, privatim in dem Sinne, daß er Deutschland nicht mit Haut und Haaren den Franzosen ausliefern werde, da es von England als politisches Gegengewicht gegen Frankreich gebraucht wird. Allerdings, in Versailles vergaß er mit dem ihm eigentümlichen Leichtsinne (oder auch absichtlich) diese Erwägungen, trotzdem sie vollkommen begründet waren. Nach dem Friedensschluß, als die englische Industrie einer heute noch fortdauernden Absatzkrise zum Opfer fiel, war der Gedanke, Deutschland müsse wieder unbedingt auf die Beine geholfen werden,

bei den Engländern zum Axiom geworden. England hat seine Kriegsziele gerade in jenem Teil des Versailler Programms erreicht, der bereits vor dem Friedensschluß verwirklicht war: es war England, das den Löwenanteil der deutschen Patente, der deutschen Depositen und des im Ausland befindlichen deutschen industriellen Besitzes an sich gerissen hat; es war England, dem die deutsche Marinebehörde den größten Dienst erwiesen hat, als sie in Skapa-Flow die allen Alliierten ausgelieferte Flotte in den Grund bohrte. Es war England, das den größten Vorteil aus der Liquidierung des deutschen Kolonialreichs und aus dem Verschwinden (noch während der Kriegszeit) der deutschen Konkurrenz aus dem Ueberseehandel gezogen hatte. Allerdings fiel es England auch viel leichter als anderen Mächten, aus dem Blutransch des Krieges und des Chauvinismus zu erwachen und mit nüchterner Berechnung die Bedeutung der im politischen und wirtschaftlichen System Europas entstandenen Lücke zu erfassen, — um so mehr, da es stets in höherem Maße als alle anderen Mächte mit dem Weltmarkt verknüpft war und seit jeher in der gleichmäßigen Verteilung der politischen Kräfte auf dem europäischen Kontinent die wichtigste Voraussetzung seiner eigenen Macht sah. Befürchtungen hinsichtlich der inneren Stabilität Deutschlands und seiner möglichen politischen Vereinigung mit der Sowjetunion, einem ebensolchen Paria im europäischen Konzert, ergänzten in Englands Bewußtsein das Gesamtbild der infolge des übermäßigen Eifers der siegreichen Mächte in Versailles entstandenen Gefahr, die nunmehr, seiner Meinung nach, möglichst rasch durch die Korrektur der Versailler Fehler beseitigt werden müssen.

In Frankreich entstand diese Einsicht viel langsamer, viel qualvoller, sie kam auch von einer ganz anderen Seite her. Weder wirtschaftlich noch politisch hat das Verschwinden Deutschlands als Großmacht von der Karte des europäischen Kontinents die Lebensinteressen Frankreichs beeinträchtigt. Im Gegenteil. Dadurch wurde nicht nur ein gefährlicher historischer Rivale beseitigt, sondern Frankreich rückte auch zum Rang eines militärischen Hegemons Europas auf. In wirtschaftlicher Beziehung aber kann Frankreich, als das am meisten autarke europäische Land, ohne große Unbequemlichkeiten auf den deutschen Markt verzichten, und es hatte mit der Inbesitznahme des lothringischen Erzes alle Aussicht, die erste Industriemacht Europas zu werden. Der Fehler und der Mangel, der von Frankreichs Standpunkt aus dem Versailler Vertrag anhaftet, war vielmehr ein anderer: er geht ihm nicht weit genug, da er Frankreich nur Elsaß-Lothringen zugesprochen hat, während es von einer völligen Aneignung des Saargebietes, von einer Unterordnung wenn nicht völligen Annexion Rheinland-Westfalens und von einer noch größeren Zerstückelung Deutschlands träumte. Nachdem aber Frankreich dieses Ziel nicht erreicht hatte, versuchte es, den Friedensvertrag materiell zu korrigieren durch Organisierung eines französischen Verwaltungsapparates im Saargebiet, durch Schaffung der Separatistenbewegung im Rheinland, durch die Ruhrivasion und durch Unterstützung der polnischen Appetite in Schlesien und Ostpreußen. Eine Ernüchterung trat erst ein, nachdem Frankreich sich überzeugte, daß dank der moralischen Unterstützung Englands der Widerstand Deutschlands gegen alle neuen Erweiterungsversuche in bezug auf den Versailler Vertrag viel stärker war, als es angenommen hatte, und nachdem es einsah, daß es in der

Einschätzung Deutschlands mit England auseinandergeht, daß dieses allmählich in Gegensatz zu ihm tritt und daß überhaupt die wirtschaftliche und politische Besitzergreifung von Deutschland über die französischen Kräfte geht. Als überdies die Vereinigten Staaten Deutschland zu Hilfe kamen, als nach der schweren Krise von 1923/24 die wirtschaftliche Macht Deutschlands merklich aufzuleben begann, die finanziellen Quellen Frankreichs aber in gleichem Maße zu versiegen anfangen, da trat in der französischen öffentlichen Meinung ein Umschwung ein. Dieser Umschwung wurde in der diplomatischen Geschichte dokumentarisch festgelegt in Locarno, später in Genf und Thoiry, in der ökonomischen Geschichte durch Abschluß des Stahlabkommens.

Was ist der innere Sinn dieses Umschwungs? Er besteht darin, daß der bedeutendste Teil der französischen Bourgeoisie, der Groß- wie der Kleinbourgeoisie, der Industrie- und sogar der Finanzkreise, zur Ueberzeugung kam, daß ihre früheren Annexionspläne nicht nur unausführbar sind, sondern für Frankreich selbst eine Gefahr bedeuten. Sie kamen zu der Einsicht, daß, wenn es Deutschland nun doch beschieden sein sollte, seine einstige Großmachtstellung zurückzuerobern, Frankreich wohl oder übel damit rechnen und besrebt sein müsse, Deutschland nach Möglichkeit ungefährlich zu machen, ja sogar, falls Deutschland sich darauf einließe, ihm eine Art Partnerschaft auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zur gemeinsamen Eroberung des Kontinents und zur Befreiung von der drückenden Bevormundung durch die Angelsachsen anzubieten. Der Gedanke eines solchen Zusammenarbeitens ist bereits vor dem Kriege mehrfach aufgetaucht und feiert nunmehr nach dem Krieg seine Auferstehung in den Köpfen von Großindustriellen und einer Reihe von Politikern der „kontinentalen“ Schule. Der Zusammenbruch des Ruhrabenteuers, der wachsende Druck des englischen Pfundes und des amerikanischen Dollars, der Zusammenbruch des Franken, die überaus rasche wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands — dies alles trug zur Popularisierung dieser zunächst fast wahnwitzig erscheinenden Idee bei und führte zu den oben erwähnten Etappen der Annäherung beider Länder. In Locarno erklärte Frankreich den Verzicht auf alle weiteren Versuche, den Rahmen des Versailler Vertrags eigenmächtig zu erweitern, und erhielt als Gegenleistung von Deutschland das bindende Versprechen, jedem Gedanken an Rückerstattung Elsaß-Lothringens und überhaupt an Revanche zu entsagen. In Genf rehabilitierte Frankreich öffentlich seinen „Erbfeind“, seinen im Weltkrieg unterlegenen Gegner und erkannte Deutschland als eine ihm selbst und den anderen gleichgestellte Großmacht an. In Thoiry ging Frankreich noch weiter: es verzichtete auf die Ausnutzung der ihm laut dem Versailler Vertrag zustehenden Rechte, darunter auch auf die weitere Besetzung des Rheinlandes und des Saargebiets, wogegen sich Deutschland bereit erklärte, ein rundes Sümmlein (man spricht von 1 Milliarde Goldmark) zur Stabilisierung des Franken herzugeben. Es kann nicht bezweifelt werden, daß auch die Rückerstattung einiger Kolonien an Deutschland und die Herabsetzung einiger Reparationsverpflichtungen Gegenstand der Verhandlungen in Thoiry gewesen sind und Frankreich keinen Anlaß zu besonderen Einwendungen gegeben haben. Endlich, als materielle Basis des herzlichen Einvernehmens zwischen beiden Ländern wurde unter Mitwirkung der französischen Regierung eine Ver-

ständigung zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie erzielt — eine Verständigung, wie sie Thyssen und de Wendel vor dem Kriege vorschwebte und wie sie Loucheur und Stinnes nach dem Kriege zu verwirklichen suchten.

Diese Annäherung kann, theoretisch gesprochen, bedeutsame Folgen haben. Wird sie gefestigt und nach anderen Richtungen hin ausgebaut, so könnte sie den Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung der europäischen Beziehungen und der europäischen Wirtschaft bilden, indem durch sie ein mächtiger Faktor der wirtschaftlichen Einwirkung auf alle anderen europäischen Länder geschaffen und ein Anstoß für neue politische Gruppierungen gegeben wird. Zweifellos wird Frankreich auf dem beschrittenen Wege der Liquidierung des Versailler Vertrags fortfahren müssen, um sich Deutschland zu sichern. Die Frage des polnischen Korridors, des Regimes in Oberschlesien, ebenso die Frage der von Belgien annektierten Kreise Eupen-Malmedy werden auf dem Wege bestimmter Kompensationen ebenfalls in einem für Deutschland günstigen Sinne gelöst werden müssen. Die wichtigste Frage jedoch, die Frankreich zu lösen haben wird, ist die Frage der Beziehungen zur USSR, denn Deutschland, was für eine Richtung seine Außenpolitik auch einschlagen mag, ist noch auf lange Zeit hinaus außerstande, auf enge wirtschaftliche und daher auch politisch freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion zu verzichten, und es wird Frankreich unmöglich sein, Deutschland zu einer Wahl zwischen sich und der USSR zu zwingen. Nach der Auffassung der „kontinentalen Schule“ der französischen Politiker liegt der Wert einer Annäherung an Deutschland in hohem Maße gerade in jenen Möglichkeiten, die dadurch für eine Annäherung an die USSR, als Vorbedingung für die von England unabhängige Organisation des europäischen Kontinents, gegeben werden. Dies und vieles andere ist im Schoße der von Frankreich angestrebten Annäherung an Deutschland verborgen, und es handelt sich in der Hauptsache um die Frage, welchen Grad der Intimität diese Annäherung erreichen kann.

Diese Frage kann nicht in einer durchaus kategorischen Form beantwortet werden. Mit größter Wahrscheinlichkeit kann man jedoch sagen, daß es zu solchen engen Separatabkommen, wie sie Frankreich gern haben möchte, wohl nicht kommen wird, denn Deutschland, das erst auf dem Wege zur Genesung und noch etwas schwach auf den Beinen ist, kann nicht seine Geschicke mit einem bestimmten Partner verbinden und Gefahr laufen, sich der Feindseligkeit einer so eifersüchtig und politisch sowie wirtschaftlich immer noch starken Macht auszusetzen, wie England es ist. Tatsächlich sehen wir, daß Thoiry bereits in Romsy, wo von deutschen Bankiers zu einem dem Umfang nach noch unbekanntem Zusammenarbeiten mit englischem Bankkapital der Grund gelegt wurde, sowie in den Verhandlungen, die bereits zwischen den englischen und deutschen Grubenbesitzern gepflogen werden, ein Gegengewicht gefunden hat. Einseitige Abmachungen und Blocks sind überhaupt bei der deutschen Diplomatie und der deutschen Industrie nicht Sitte. In der gleichen Weise, wie Deutschland mit fortschreitender wirtschaftlicher Wiederherstellung sich immer mehr nach dem Westen zu orientiert, dabei aber auch den Osten nicht aus den Augen verliert, sondern bestrebt ist, beide Orientierungen zu vereinen, wird es in seiner jetzigen Lage, die eine maximale Erweiterung der Absatzmärkte und der

finanziellen Quellen erheischt, nichts unternehmen, was es vom Markte Englands und des britischen Reiches abschneiden, es der Gefahr eines Boykotts von dieser Seite her aussetzen könnte, trotzdem der Antagonismus zwischen Deutschland und England auf dem Boden der Konkurrenz in gleichartigen Industriezweigen sich zweifellos zuspitzen wird. Des weiteren wird eine solche einseitige Verständigung auch seitens der Vereinigten Staaten auf Widerstand stoßen, denn diese erstreben die Beseitigung aller inneren Schranken auf dem europäischen Markte und verurteilen alle Bestrebungen zur politischen und wirtschaftlichen Absonderung. Den Ver. St. aber, von denen letzten Endes sowohl die Finanzierung des englischen Abkommens sowohl in der Frage der Herabsetzung der Reparationen als auch in der Frage des Rückkaufs der Kohlengruben des Saargebiets abhängen wird, müssen beide — Frankreich so gut wie Deutschland — Rechnung tragen. Die kapitalistische Oekonomie der Nachkriegszeit kann eine solche Absonderung, eine solche Verschwörung zweier Länder gegen die übrige kapitalistische Welt, nicht vertragen. Die Oekonomie des desorganisierten und verarmten Europas führt zwar zur Entstehung neuer tiefer Widersprüche zwischen den Mächten, verlangt aber gleichzeitig gebieterisch gemeinsame und organisierte Kraftanstrengungen aller Länder für die Wiederherstellung des europäischen Marktes und für eine zweckmäßige Verteilung der Produktion.

Der Lösung dieser widerspruchsvollen Aufgabe ist die kapitalistische Ordnung, sind auch die bürgerlichen Staaten nicht gewachsen. Sie ist es, die die Revolution und die Aufrichtung der sowjetistischen Ordnung unausbleiblich macht. Die Bourgeoisie begreift das nicht. Sie träumt von der Einsetzung einer koordinierenden Zentralorganisation (von der Art des Völkerbundes), die über den staatlichen und nationalen Grenzen schweben soll. Sie möchte entweder diese Grenzen durch Aufhebung der Zölle und der Mannigfaltigkeit der monetären Systeme, durch Schaffung eines phantastischen „Paneuropas“ auf ein Minimum beschränken — oder aber alles beim Alten lassen und mit Hilfe internationaler wirtschaftlicher Abkommen von der Art des eben abgeschlossenen Stahlabkommens der vier Mächte die Produktion regulieren und unter den einzelnen Staaten verteilen. Andererseits aber ist der französische Plan bestrebt, zwei Kontinentalstaaten abzusondern, denen die Herrschaft über den Kontinent zufallen soll, und sie zu einem Block gegen die Angelsachsen zu organisieren. England beantwortet dieses Bestreben durch einen Annäherungsversuch an Italien. Diese beiden Bestrebungen kreuzen sich und die daraus entstehende Situation ist eine äußerst labile.

Im Rahmen der einfachen Liquidierung der Versailler Ueberreste, im Rahmen der Verwirklichung des alten Planes einer ehelichen Verbindung der westfälischen Kohle mit dem lothringischen Erz, würde das sich anbahnende französisch-deutsche Abkommen zwar politisch Deutschland entknechten und seiner wirtschaftlichen Wiedergeburt als bedeutendste wirtschaftliche Einheit auf dem Kontinent einen gewaltigen Anstoß geben, es würde aber der sogenannten Stabilisierung des europäischen Kapitalismus nichts nützen, der nach wie vor unter der Konkurrenz außereuropäischer Länder, unter der Zersplitterung seiner eigenen Kräfte, unter dem Fehlen des gewaltigen Marktes der Sowjetunion, unter der Verarmung des ganzen

östlichen und südöstlichen Europas, unter der Revolution in China usw. usw. leiden würde. Am wenigsten hat von dem Block der französischen und deutschen Metallindustriellen die Arbeiterklasse zu hoffen — ihrer harrt nur eine unter der Flagge der Rationalisierung unternommene Offensive des Kapitals gegen ihren Arbeitstag und Arbeitslohn.

R. SONTER:

DER EIGENTÜMLICHE CHARAKTER DES WIEDERAUFLEBENDEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS*

1. Die ökonomischen Grundlagen des deutschen Imperialismus

A. Die starken Seiten des deutschen Imperialismus

Eine Reihe von Tatsachen zeugen vom Wiederaufleben des deutschen Imperialismus.

a. Konzentration des deutschen Kapitals und ihr monopolistischer Charakter. Die Konzentration des deutschen Kapitals hat heute einen viel höheren Grad erreicht als vor dem Kriege. Qualitativ durch eine straffe Vertrustung, quantitativ durch außerordentliche Entwicklung des Aktienkapitals. Es sei nur erwähnt der große deutsche Stahltrust mit seinen 800 Millionen Kapital, 120 Mill. Genußscheinen und 240 Mill. Anleihen. Der Trust in der Farbenindustrie, die Farbenindustrie A.-G., von der die Erhöhung des Aktienkapitals im September d. J. auf eine Milliarde Mark gemeldet wurde. Es folgen die großen drei Trusts in der Elektrizitätsindustrie (von denen die AEG und Siemens-Schuckert je 300 Millionen Aktienkapital besitzen) und die bereits auf dem Wege zur Bildung eines einzigen großen Elektrotrusts sind. Es folgt dann der deutsche Kalikonzern, ein Trust der Waggonfabriken, Trustbestrebungen in der bisher sehr zersplitterten Textilindustrie, die heute 30—40 straffe Konzentrationen aufweist gegenüber einigen Hundert vor einigen Jahren. Es folgt dann die Zementindustrie, Zündholzindustrie usw. Die meisten großen Trusts sind tief in verwandte Produktionsgebiete eingedrungen, eine Bewegung, die in vollem Umfang erst nach dem Zusammenbruch der frühreifen Inflationskartelle und nach Annahme des Dawes-Planes eingesetzt hat und heute noch längst nicht abgeschlossen ist.

b. Die Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zum Finanzkapital. Diese Verschmelzung läßt sich durch folgende Hinweise beweisen.

1. Alle Trusts lassen ihre gesamten finanziellen Operationen durch eine oder mehrere Großparteien besorgen. 2. Alle Anleihen, die die Trusts aufnehmen, werden fast immer durch ein Bankkonsortium begeben (z. B.

* Diskussionsartikel.

Stahltristanleihen von 250 Mill. durch ein Bankkonsortium der D.-Banken. Schlesischer Montantrust durch Diskontogesellschaft. Kapitalsbedarf des Farbentrusts durch Deutsche Bank). Die Umwandlung des Aktienkapitals der sich zusammenschließenden Unternehmungen zu dem Trustkapital wird immer nur durch eine Großbank oder durch ein Bankkonsortium vorgenommen. Die so wichtig gewordene Einflußnahme der Trusts auf neue, zur Angliederung vorzubereitende oder schon vorbereitete Unternehmungen geschieht ebenfalls meistens durch eine Großbank. Ganz eng wird dann die Verbindung noch durch zahlreiche Auslandsgeschäfte. Hier bilden Banken und Trusts sehr häufig ein gemeinsames Unternehmen. So war es zum Beispiel der Fall bei der Gründung des Elektro-Radio-Unternehmens in der Türkei. Bei den Konzessionen um die russischen Manganerze, wo die Deutsche Diskontogesellschaft mit Harryman zusammenging, bei der Ueberführung der Venezuela-Eisenbahn in andere Hände, bei der Gründung von Kupfergrubenunternehmungen in der Türkei und bei der Uebernahme von Eisenbahnbauten in der Türkei.

c. Die Entstehung internationaler Monopolverbände. Wir wollen hier nur von solchen Verbindungen sprechen, an deren Gründung das deutsche Kapital aktiv beteiligt ist. Um nur kurz die wichtigsten aufzuzählen: Der Internationale Eisentrust, der in diesen Tagen abgeschlossen wird; der internationale Drahtverband; das internationale Schienenkartell; das internationale Röhrenkartell; das Kali-Kartell; die beinahe kartellmäßige internationale Bindung der AEG mit der amerikanischen Elektro-Industrie; die Beteiligung des deutschen Bankkapitals an der internationalen Bankiervereinigung. (Dies sind nur die wichtigsten internationalen Verbindungen, an deren Entwicklung deutsches Kapital aktiv teilgenommen hat.)

Mit diesem Erstarren des Finanzkapitals ist die Herrschaft der Finanzoligarchie in Deutschland und ihr Eindringen in die Regierung selbst eine logische Folge. Der Einfluß von Stinnes auf die Regierung ist bekannt, es folgte Cuno als Reichskanzler und Direktor der Hamburg—Amerika-Linie, dann Schacht als Reichsbankpräsident, der verstorbene Krupp-Direktor Wiedenfeld als deutscher Gesandter in Amerika, von Siemens als einer der Leiter der neuen Reichsbahngesellschaft und der industriell stark interessierte deutsche Außenminister Stresemann. Der Junker wird systematisch von den Finanzmännern aus der Regierung hinausgedrängt. Daher erscheint der Charakter der deutschen Politik als amerikanisiert und unterscheidet sich stark von der alten preußisch-militärischen.

B. Die schwachen Seiten des deutschen Imperialismus

Der Kapitalimport nach Deutschland hat zeitweilig eine erheblich größere Rolle gespielt als der Kapitalexport. Zeitweilig, denn schon in der Periode vor dem Dawes-Plan ist ein Kapitalexport, der unter der Flagge der Kapitalflucht segelte, in einem Umfange von 7—8 Milliarden festzustellen gewesen. Mit dem Zusammenbruch der Inflationsperiode und dem Dawes-Plan setzte ein starker Import ein, als überragende Erscheinung. Mit der Neukonstituierung der deutschen Industrie auf der Grundlage der neuesten Vertrustung beginnt dann wieder ein Kapitalexport sich bemerkbar zu machen. Wie

selbst das „Berliner Tageblatt“ bezeugt, wird deutsches Kapital heute nach London, Neuyork, Amsterdam exportiert, außerdem auch nach Südamerika, Mexiko, nach dem französisch gewordenen Saargebiet und teilweise auch nach Elsaß-Lothringen. Deutsche Kapitalisten nahmen Konzessionen in Rußland, eröffneten ihm Kredite, und in der Türkei entfalteten sie eine recht lebhaftige Tätigkeit. Außerdem ist in der letzten Zeit wieder deutsches Kapital in die ehemals deutschen Kolonialgebiete in Afrika merklich eingedrungen.

Immerhin muß zugestanden werden, daß der heutige Kapitalexport selbstverständlich in seinem Umfange hinter dem Vorkriegsmaßstabe erheblich zurückbleibt und, was wichtig ist, hinter der außerordentlichen Konzentrationshöhe, die das deutsche Kapital erreicht hat. Dies ist ein schwacher Punkt des heutigen deutschen Imperialismus. Der ungenügende Kapitalexport hängt aufs engste zusammen mit der mangelnden Beteiligung Deutschlands an der territorialen Aufteilung der Welt.

Ein dritter Faktor der Schwäche des deutschen Kapitalismus ist endlich die relative militärische Ohnmacht des besiegten Landes.

2. Charakter der wirtschaftlichen Basis des deutschen Imperialismus

Die Eigenart der wirtschaftlichen Basis des deutschen Imperialismus besteht in dem Widerspruch zwischen der außerordentlichen Entwicklung der Kapitalkonzentration, der Beteiligung an internationaler Monopolbildung, dem Zusammenschluß von Bank- und Industriekapital einerseits und dem Bedürfnis zum Kapitalexport und zur territorialen Einverleibung kolonialer und halbkolonialer Gebiete andererseits.

Dieser Widerspruch, der in der Niederlage Deutschlands im Weltkriege wurzelt, beginnt ein neues Moment zu bestimmen. Die heutige Vertrustung ist auf einem Punkt angelangt, wo sie nicht mehr der Entfaltung der Produktivkräfte dient, sondern teilweise sogar ihrer Einengung, die in rücksichtsloser Stillegung zum Ausdruck kommt. Der Zweck des Vertrustungsprozesses ist jetzt, die Preise auf Kosten der Ausdehnung des Marktes hochzuhalten. Offen wurde von den Stahlinteressenten ausgesprochen, daß auch der internationale Eisentrust die Aufgabe habe, einen bei der Ausdehnung der Eisenproduktion bald zu erwartenden Preissturz zu verhindern. In der Praxis stellt sich heraus, daß auf dem Eisen- und Stahlmarkt in Verbindung mit dem erwarteten Abschluß eines Stahltrustes die Preise dauernd gestiegen sind. Dasselbe gilt auch für die zunehmende Zentralisierung im Kalibergbau. Diese von Preiserhöhungen begleitete Kapitalkonzentrierung beginnt die Fähigkeit zu schwächen, neue Absatzgebiete zu erschließen und schon besetzte Gebiete neu zu erobern, zugunsten der Erhaltung des bisher erfaßten Gebietes innerhalb des allgemein schon zu eng gewordenen Absatzmarktes. (Die neuerlich bemerkbare Ausdehnung des deutschen schwerindustriellen Absatzmarktes beruht im wesentlichen auf der Ausnützung der allgemeinen Wirtschaftsstockung in England anläßlich des Streiks.) Wir sind also an dem Punkt angelangt, wo die Konzentration im allgemeinen umschlägt in eine Hemmung der Produktionskräfte.

Die Eigenart des deutschen Kapitalismus besteht nicht nur darin, daß er durch die anderen Mächte niedergehalten wird, sondern auch, daß er in

konzentrierter Form die allgemeinen Züge der Niedergangsperiode des europäischen Kapitalismus widerspiegelt, trotz seiner Erfolge auf dem Gebiet der Rationalisierung.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Niedergang kein geradliniger ist, außerdem besteht die Möglichkeit, daß bei günstiger weltpolitischer Konstellation der deutsche Imperialismus auf Kosten seiner kapitalistischen Nachbarn eine gewisse Periode des Aufstiegs erleben kann.

3. Der imperialistische Charakter der deutschen Politik

Aus der gegebenen Charakteristik der widerspruchsvollen wirtschaftlichen Grundlage des deutschen Imperialismus folgt, daß der Kampf des deutschen Kapitals zur Beseitigung des ihm anhaftenden Widerspruchs ein außerordentlich heftiger sein muß. Diese spezifische Linie in der deutschen Politik muß je weiter desto mehr in einen scharfen Widerspruch zu der politischen Linie geraten, die während der Verhandlungen über den Dawes-Plan und noch in der ersten Zeit nach der Annahme des Dawes-Planes in Deutschland geherrscht hat. (Pazifistische Aera, völliger Mangel jeglicher außenpolitischer Selbständigkeit.) Erst nach der Errichtung der kolossalen monopolistischen Basis für einen Imperialismus muß für Deutschland unausbleiblich die Aufgabe entstehen (und sie ist tatsächlich entstanden): Wiedereinbeziehung der Deutschland fortgenommenen industriellen Gebiete, Beseitigung der Ursachen, die einen verminderten Kapitalexport und eine Ausschaltung Deutschlands von der territorialen Beherrschung von Absatzmärkten bedingt haben.

Von einem Kampfe ganz allgemein gegen den Dawes-Plan kann selbstverständlich nicht die Rede sein, denn einmal hat der Dawes-Plan, trotz aller seiner einschränkenden Tendenzen Deutschland die Möglichkeit gegeben, die jetzt eingeschlagene verhältnismäßig selbständige Weltpolitik überhaupt erst zu beginnen, und zweitens hat der Dawes-Plan durch die Auslandsanleihen den vorher geschilderten Prozeß der Vertrustung und Rationalisierung überhaupt erst ermöglicht. Die sogenannte Ueberfremdung durch die Auslandsanleihen spielt deshalb eine geringe Rolle, weil nunmehr eine deutliche Bewegung auf Grund der vollzogenen Vertrustung und Rationalisierung bemerkbar ist, die zum Teil die Ueberfremdung durch Rückkauf und Wiedererwerbung aufhebt.

Durch die im Dawes-Plan momentan zusammentreffenden englischen und amerikanischen Bedürfnisse ist die verhältnismäßig selbständige Rolle bestimmt, die das deutsche Kapital jetzt spielt, nachdem vorherige Versuche, während der Genueser Konferenz und des Abbruchs der Reparationsverhandlungen, der dann zum Einmarsch in das Ruhrgebiet geführt hat, entsprechend der „hochstaplerischen“ inflationistischen Basis der deutschen Konzentration zusammengebrochen sind.

Doch dieses Zusammentreffen der Interessen Deutschlands und Englands wird nicht von langer Dauer sein. Der alte ökonomische Gegensatz zwischen England und Deutschland ist durch die Niederlage im Weltkriege nur aufgeschoben, nicht aber beseitigt worden. Eben dadurch wurde Amerika veranlaßt, in Deutschland den in späteren Zeiten kommenden Verbündeten,

oder besser gesagt, Vasallen gegenüber England zu entdecken. Die gleichartige ökonomische Grundlage der englischen und deutschen kapitalistischen Wirtschaft (Kohle, Eisen, Stahl, Maschinen) und die kolossale Entwicklung der beiden Industrien lassen hier eine dauernde Vereinbarung zwischen England und Deutschland außerordentlich schwer werden. Der Konkurrenzkampf zwischen beiden ist eine natürliche Tatsache und hat sich sofort nach der Neuordnung der deutschen Industrie, nach der Annahme des Dawes-Planes, offen gezeigt. (Konkurrenz der englischen und deutschen Kohle um den italienischen und teilweise auch südamerikanischen Markt, Konkurrenz der deutschen und englischen Kunstseide-Industrie, Konkurrenz auch in der Maschinenindustrie und starke Ausnutzung des englischen Streiks durch die deutsche Industrie zur Eroberung der englischen Absatzmärkte.) Außerdem ist gerade die Frage der deutschen Kolonien durch die Einverleibung des größten Teils des alten deutschen Kolonialbesitzes in das englische Kolonialsystem in einem für Deutschlands Wünsche günstigen Sinne kaum lösbar. Erst durch die Einverleibung des ehemaligen deutsch-ostafrikanischen Gebietes ist der alte Wunsch Englands, die kontinentale Beherrschung Afrikas von Kairo bis Kapstadt, in Erfüllung gegangen.

Somit sind die Möglichkeiten bei dem Versuche des deutschen Kapitals, seinen Widerspruch aufzulösen, hauptsächlich durch England entscheidend eingeengt. Während dagegen die Beziehung zu Frankreich, eben durch die besondere Lage Frankreichs, in den neuesten Verhandlungen Deutschlands und Frankreichs zur Lösung der Saarfrage, der Frage des belgisch besetzten Gebietes von Eupen und Malmedy, der Räumung des linken Rheinufers und Umwandlung eines Teiles der Dawes-Zahlungen — in das Stadium praktischer Erörterungen getreten sind. Diese politischen Verhandlungen sind nur der Ausdruck der schon seit langer Zeit angebahnten engeren wirtschaftlichen Beziehungen, die in dem Kaliabkommen und in dem internationalen Stahltrust und in den Handelsvertragsverhandlungen zum Ausdruck gekommen sind.

Dadurch, daß hinter dieser deutsch-französischen Konstellation Amerika steht, gewinnt sie einen England gegenüber zwar nicht akut feindlichen Charakter, dennoch aber einen England entgegengesetzten Charakter, der eventuell einmal englandfeindliche Züge annehmen könnte.

Zwar läßt weder die erreichte Machtposition Deutschlands noch die allgemeine Weltlage eine solche Ausnutzung der zustande gekommenen Konstellation zu. Daher läßt sich erklären, daß neben dieser Gruppierung sich gleichzeitig eine gewisse Annäherung Deutschlands an die englische Politik gegenüber Sowjetrußland angebahnt hat. Doch hierbei muß eben auf Grund der Notwendigkeiten der Politik des deutschen Kapitals klar erkannt werden, daß es sich nicht nur um eine einfache oder eindeutige Einordnung Deutschlands in die Anti-Sowjetfront, sondern um eine ganz spezifische Einordnung handelt. Deutschland tritt in den England-Bund gegen Sowjetrußland ein, bewahrt sich aber gleichzeitig durch spezielle Verträge mit Sowjetrußland eine eigene Stellung, nicht etwa um Sowjetrußland zu verteidigen oder um im gegebenen Falle einen Angriff auf Sowjetrußland nicht mitzumachen, sondern einzig und allein, um mit dieser Stellung, die je nach Bedürfnis variiert werden kann, eine für die Interessen und für die Ziele des deutschen

Imperialismus notwendige Erpresserpolitik gegenüber England treiben zu können.

Im allgemeinen ist zu sagen, daß Deutschland, um seine ihm entgangene Bedeutung zurück zu erlangen und um zu diesem Zweck die zwischen anderen Mächten bestehenden Gegensätze ausnützen zu können, mehr als manches andere Land zu einer Politik der Verschärfung gegebener und der Entfaltung neuer imperialistischer Konflikte geneigt sein wird. Damit enthüllt sich die deutsche Politik, gerade nunmehr auf Grund des Eintrittes in den Völkerbund, als eine wegen ihres Intriganten-Charakters zu neuen Kriegen indirekt aufreizende Politik, auch wenn sie sich von der starren brutalen, säbelrasselnden Politik des alten imperialistischen Deutschland unterscheidet. Die Bekämpfung der Kriegsgefahr bedeutet also jetzt nicht bloß die Bekämpfung der englischen Interventionspolitik gegenüber Sowjetrußland und gegenüber China, sondern bedeutet auch die Bekämpfung der neuen deutschen Außenpolitik durch das internationale und besonders durch das deutsche Proletariat.

Abschließend ist über das Wesen dieser neuen deutschen Politik zu sagen, daß es sich hier noch nicht um eine *reine* imperialistische Politik, ähnlich der der Vorkriegszeit handelt, sondern um eine Politik, die vorläufig erst um die imperialistische Auswirkung des deutschen Kapitalismus ringt. Jedoch läßt sich der imperialistische Charakter der deutschen Politik nicht leugnen, obwohl er allerdings nicht voll entfaltet ist.

4. Die Arbeiterschaft und die neue deutsche Politik

Die Eigenart dieses neuen deutschen verkrüppelten Imperialismus bedingt ebenfalls eine Veränderung der Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft und ihm, gegenüber ihrer Stellung zu dem der Vorkriegszeit. Der Charakter dieses Imperialismus der Niedergangsperiode führt notwendig das deutsche Kapital dazu, den Druck auf die Arbeiterschaft ganz besonders zu verschärfen, um den hohen Monopolpreisen und der Wirkung dieser Preise auf die gesamte Wirtschaft durch rücksichtslose Rationalisierung entgegen zu wirken. Außerdem ist das deutsche Kapital, infolge des Mangels an Extraprofiten, nicht in der Lage, die Arbeiterschaft in breiten Schichten am Imperialismus zu interessieren. Natürlich würde, je mehr Erfolge das deutsche Kapital bei seinen imperialistischen Durchsetzungsversuchen aufzuweisen hätte — und momentan sind einige solcher Erfolge nicht ganz zu leugnen — auf Grund erzielter Extraprofite, die Frage der materiellen Korruption wieder auftreten, allerdings in einem recht bescheidenen Ausmaße. Dafür wendet das deutsche Kapital nunmehr das Mittel an, bei schlechten Löhnen sogenannte politische Zugeständnisse oder besser gesagt, moralische Zugeständnisse an die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten zu machen (Rede von Silverberg auf der Dresdener Tagung der Industriellen; Versuch, eine neue breite Arbeitsgemeinschaft zu erreichen). In diesem Doppelprozeß versuchter Korruption der deutschen Arbeiterschaft und verstärkten Druckes auf sie stehen wir gerade jetzt in diesem Moment. Wir sehen aber auch eine Reaktion der Arbeiterschaft gegen diese Versuche des Kapitals in doppelter Hinsicht: Linksschwenkung breiter Arbeiterschichten, Belebung der Aktivität der Arbeiterschaft, Auflösung der hohen und scharfen Schranken zwischen den Kommunisten und einem

großen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter — und noch stärkere Rechtsschwenkung und offenen Uebergang der Spitzen der deutschen Arbeiterschaft in das Lager der imperialistischen Unternehmer.

Die Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hierbei ist eindeutig: 1. durch ihre Stellung zum deutschen Nachkriegsstaat überhaupt. Ist dieser Staat ihr Staat, wie die gesamten Führer der deutschen Sozialdemokratie behaupten, so ist eben dieser Staat mit seinen imperialistischen Bestrebungen ihr Staat und damit ist ihre Stellung zum deutschen Imperialismus bestimmt; 2. durch ihre Stellung zu dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund; 3. durch ihre Freude über die deutsch-französische Vereinbarung; 4. durch ihren offen ausgesprochenen Haß gegenüber den vor einigen Monaten abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag; 5. durch ihre Begrüßung der Silverbergschen Vorschläge zur politischen und wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft; 6. durch ihre Stellung zur Kolonialfrage und zu der neuesten deutschen Kolonialpropaganda. Hier hat die Sozialdemokratie durch ihren Eintritt in die Kolonialkommission, durch Veröffentlichungen Noskes 1924 zur Frage der deutschen Kolonien, durch die Stellungnahme der gewerkschaftlichen Zeitschrift „Die Arbeit“ zum Kolonialproblem und durch die Stellung Kautskys, der einen Brei von Völkerbund und Kolonialfrage fabriziert hat, sich eindeutig für eine Kolonialpolitik ausgesprochen.

Dadurch ist die Aufgabe der kommunistischen Parteien gegenüber diesem vom alten vorkriegszeitlichen stark abweichenden deutschen Imperialismus gegeben. Aufdeckung des ihm eigentümlichen spezifischen Widerstandes und der sich daraus ergebenden Kriegsgefahr sowie des notwendig gesteigerten Druckes auf die Arbeiterschaft und der notwendigen Versuche zur Korruption der Arbeiterschaft, besonders aber der Korruption der Sozialdemokratie. Die Aufdeckung der verlogenen Stellung der Sozialdemokratie gegenüber dem Imperialismus, die breite Propagierung der Erkenntnis, daß nur eine wirkliche enge Bündnispolitik mit Sowjetrußland den Frieden sichern kann, und die Aufrüttelung der gesamten Arbeiterschaft gegenüber der tatsächlich starken Kriegsgefahr, Vorbereitung des Proletariats zur Verwandlung des ausbrechenden imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg — all dies sind die Aufgaben der Kommunistischen Partei.

Alle diese Aufgaben müssen selbstverständlich mit der Hauptaufgabe des imperialistischen Zeitalters koordiniert werden — mit dem Endziel der proletarischen Revolution und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

ROBERT MINOR:
DIE PARLAMENTSWAHLEN IN DEN
VEREINIGTEN STAATEN

Die in den Vereinigten Staaten bevorstehenden, alle zwei Jahre stattfindenden Wahlen zum Kongreß, sind wegen ihrer Bedeutung für die Weltstellung der Vereinigten Staaten von besonderem Interesse. Da ein Drittel der Mitglieder des Senats von dieser Wahl betroffen werden und da es möglich ist, daß das House of Representatives von Grund auf umgestülpt wird, besitzt die Wahl von diesem Gesichtspunkt aus eine außerordentliche Bedeutung für die größte Gruppe des Finanzkapitals, unter deren Herrschaft sich die Vereinigten Staaten in der Person der Regierung Coolidge befinden. Das erste, was sich von den gegenwärtigen Wahlen sagen läßt, ist die Anstrengung dieses Finanzkapitals, einen Kongreß zustande zu bringen, der seinen imperialistischen Weltaktionen: dem Dawes-Plan, dem internationalen Schiedsgerichtshof, dem Völkerbund, der Frage der internationalen Schulden sowie einer Aenderung gewisser Einzelheiten des Zolltarifs – Verständnis entgegenbringt, um auf diese Weise das gegenwärtige Wesen der Vereinigten Staaten als Gläubignation in die Wagschale werfen zu können.

Aber für die größte Gruppe der Wall-Street-Bankiers steht keinesfalls nur der Verlust der unmittelbaren Beherrschung einer beweglichen Mehrheit des Kongresses auf dem Spiel. Es kann auch sein, daß die Wahl des 1928 kandidierenden Präsidenten aufs stärkste durch den Ausgang der jetzt 1926 bevorstehenden Wahlen zum Kongreß beeinflußt wird. Im amerikanischen politischen System ist das Amt des Präsidenten von ungeheurer Wichtigkeit, da der Präsident das Vetorecht in bezug auf die gesamte Gesetzgebung des Landes und die Ernennung der (der Bestätigung durch den Senat unterliegenden) Regierung besitzt, die nicht das Recht hat, zurückzutreten, auch wenn das ganze Parlament gegen sie ist, während er außerdem das Recht der Ernennung einer großen Anzahl von Beamten besitzt, ganz zu schweigen von der Besetzung der Kommandostellen in Armee und Flotte.

Es gehört zum ABC der amerikanischen politischen Wissenschaft, daß sich ein im Amt befindlicher Präsident in der Regel selbst die Wiederwahl als Kandidat seiner Partei dadurch sichern kann, daß er entsprechenden Gebrauch von seiner Amtsgewalt macht. In der Vergangenheit wurde dieses Recht, die eigene Nachfolge zu bestimmen (das jeder Präsident besaß) durch jene durch den ersten Präsidenten Washington aufgekommene Tradition beschränkt, die Washington dadurch berühmt gemacht hat, daß er es ablehnte, ein drittes Mal die auf vier Jahre geltende Wahl anzunehmen, und zwar mit der Begründung, daß eine solange Amtszeit einen Beigeschmack von Monarchie mit sich bringen würde. Nun kann es aber gerade sein, daß diese „antimonarchistische“ Tendenz gegen die zum dritten Mal erfolgende Wahl eines Präsidenten, im Jahre 1928 durch Coolidge weit ertolgreicher als je zuvor in die Schranken gefordert wird.

Um die Gewalt seiner Stellung restlos auszunützen und der Republikanischen

Partei die Kandidatur für 1928 sichern zu können, war es notwendig, daß Coolidge indirekt, nachdem die Wahldauer des gegenwärtigen Kongresses bereits zur Hälfte abgelaufen war, seine Kandidatur für das Amt des Präsidenten, d. h. seine eigene Nachfolge für 1928 bekannt gab.

Somit wird die bevorstehende Wahl als eine „Vor-Präsidenten“-Wahl betrachtet werden. Die Eroberung oder der Verlust einer Anzahl von Sitzen im Abgeordnetenhaus sowie im Senat aus Anlaß dieser Wahl, wird sich voraussichtlich auf eine Zeit von sechs Jahren bemerkbar machen und dementsprechende Folgen innerhalb dieser Zeit nach sich ziehen.

Das größte Finanzkapital und — die europäische Orientierung

In diesem Kampf um die unmittelbare Ausübung der Staatsgewalt haben wir es mit zwei miteinander in scharfem Konkurrenzkampf liegenden Hauptgruppen zu tun. Die eine dieser Gruppen wird von Coolidge vertreten und repräsentiert sich in nackter Form als ein gewaltiger kombinierter Zusammenschluß der Morgan-, der Rockefeller- und der Mellon-Interessen. Dieser kombinierte Zusammenschluß vertritt zunächst die riesige Bankpyramide, an deren Spitze das Bankhaus J. P. Morgan & Co. steht und die nunmehr, mindestens auf der Basis einer freundschaftlichen Zusammenarbeit, die Rockefeller-Banken in sich zu schließen scheint. In zweiter Linie vertritt dieses Kombinat eine Reihe von gewaltigen Schwerindustrie-Interessen: des Stahlerzeugungsverbandes der Vereinigten Staaten (Stahltrust), der Gesellschaft „General Motors“, einer ungeheuren Sammelgruppe von Eisenbahngesellschaften, zusammen mit den Standard-Oil-Interessen, zu denen die großen Industriebesitzinteressen der Familie Mellon in den Kohlen- und Stahlgebieten von Pennsylvania kommen, als deren Wortführer Andrew W. Mellon, der gegenwärtige Finanzminister in der Regierung Coolidge, auftritt.

Diese Sammelgruppe von Interessen besitzt die Führung jener Politik, die unter dem Namen der amerikanischen Politik in Europa bekannt ist als: Dawes-Plan, Schuldenregelungen, Investitionen in den zentraleuropäischen Industrieunternehmen usw. In den Augen dieser vorwiegend finanzkapitalistischen Gruppe sind die Vereinigten Staaten eine Gläubignation, besonders in ihrem Verhältnis zu den industrietreibenden europäischen Nationen. Diese Kapitalisten sind der Anschauung, daß es notwendig ist, die gesamten Zolltarifprobleme sowie alle amerikanischen Angelegenheiten mit dieser Stellung Amerikas in Einklang zu bringen, und daß den europäischen Gläubignationen gestattet werden muß, Waren auszuführen, um ihre Schulden bezahlen zu können.

Die Opposition gegen die europäische Orientierung

Nun macht sich aber innerhalb einer ziemlich einflußreichen industriekapitalistischen Interessengruppe, die Beziehungen zu den Sektionen des mittleren Westens und des Westens der Vereinigten Staaten hat, eine wütende Opposition geltend, da diese Gruppen befürchten, daß diese Senkung der Zolltarifsätze, die die Einfuhr von Waren zwecks Ermöglichung der Abtragung der europäischen Schulden zulassen soll, ihre eigene Warenproduk-

tion der Konkurrenzgefahr aussetzen wird. Auch das Problem der internen Besteuerung ist für diese Gruppen von Interesse. Sie schlagen Lärm darüber, daß die amerikanischen Interessen — den Interessen „internationaler Bankiers“ geopfert werden.

Diese Gruppe ist gegen die „europäische Orientierung“ und war der eigentliche Anlaß zu den zahlreichen vorübergehenden Niederlagen der Bemühungen zur „Einmischung“ in die europäischen Angelegenheiten. Ihre Interessen als finanzkapitalistische Gruppe tendieren weit eher nach Südamerika und Mexiko als nach Europa. Diese Gruppe stößt denn auch häufig die wildesten Tiraden gegen die Kriegsgefahr aus, die sich aus den „europäischen Verwicklungen“ ergibt, und versteigt sich sogar zeitweilig zu den sonderbarsten pazifistischen Phrasen bei dieser Propaganda. Zur gleichen Zeit aber ist diese Gruppe vielleicht die Gruppe der verrücktesten und versessensten militaristischen Elemente in den Vereinigten Staaten. Ihre Zeitung (die Chicagoer „Tribune“) tritt offen für die Notwendigkeit einer militärischen Invasion in Mexiko ein, während sie zu den Fragen der Befestigung der Inseln des Pazifischen Ozeans in einer Weise Stellung nimmt, als wäre der Krieg gegen Japan bereits erklärt. Diese Elemente treten unter dem übelsten Geschrei lebhafter als alle anderen für eine große Armee und eine große Flotte ein — sind aber „Pazifisten“, sobald es sich um Europa handelt.

Obwohl diese Gruppe von Kapitalisten beherrscht wird, vermag sie zu ihrer Unterstützung eine riesige Gefolgschaft des Kleinbürgertums der kleineren Städte und der unzufriedenen Farmer jener Gebiete zu mobilisieren, die unter der „Schere“ leiden.

Bis zu einem gewissen Grade treten auch die Gewerkschaftsbürokraten der westlichen Teile des Landes dieser Gruppe bei, was auf geheime Bestechung zurückzuführen ist.

Die Durchbrechung der Parteilinien

Es ist einer der hervorstechendsten Wesenszüge der bevorstehenden Wahlen, daß die Klassenkonflikte nicht offen als ein Kampf zwischen den politischen Parteien hervortreten, sondern als ein Kampf zwischen Fraktionen innerhalb der politischen Parteien. Das Verhältnis der Klassen und der Schichten innerhalb der Klassen entspricht keinesfalls den bestehenden politischen Parteilinien. In der Hauptsache sind es die Republikanische Partei und zum Teil auch die Demokratische Partei, innerhalb deren sich vorwiegend der Kampf dieser beiden ausschlaggebenden Gruppen der kapitalistischen Interessen abspielt. Und vor allem in der Vorwahl* zur Aufstellung der Kandidaten der Republikanischen Partei zu den Senatorenämtern kam der Kampf zwischen der größten finanzkapitalistischen und der zweiten Gruppe zum Austrag. Bei diesen Vorwahlen sind ein halbes Dutzend, oder noch mehr, der Coolidge-(Morgan)-Kandidaten in den Fragen des internationalen Schiedsgerichtshofs, der internationalen Schulden usw. unter-

* „Vorwahlen“ — eine spezifisch-amerikanische Einrichtung, auf Grund deren die Ernennungen der Kandidaten der verschiedenen Parteien in öffentlichen Wahlen erfolgen, die den endgültigen Wahlen vorausgehen. Jene Vorwahlen stehen dabei unter dem beherrschenden Einfluß der Regierung.

legen, und die gegenwärtigen offiziellen Kandidaten der Coolidge-Partei vertreten in mehreren Staaten die Gruppe des mittleren Westens, die gegen die europäische Orientierung ist. Es ist interessant, zu beachten, daß am 19. Oktober — gerade zwei Wochen vor den Wahlen zum Kongreß — eine internationale Gruppe von Bankiers und Industriellen, natürlich unter der Führung von J. P. Morgan, — eine Kundgebung erließ, in der zur Abschaffung der Zollschränken des europäischen Handels aufgefordert wird. Natürlich war es kein Zufall, daß diese Kundgebung gerade am Tage der Eröffnung der englischen Reichskonferenz erfolgte. Unverzüglich aber und noch am selben Tage, sah sich der politische Sprecher für Herrn Morgan, nämlich Coolidge, zu der Pressefeststellung gezwungen, daß er ein Anhänger der traditionellen Politik der Republikanischen Partei sei: Schutz der Industriellen „und der Arbeit“ vor der europäischen Konkurrenz. Offensichtlich stand die Notwendigkeit zur Herausgabe der Kundgebung der Bankiers, die aus Anlaß der englischen Reichskonferenz erfolgte, in diesem Augenblick nicht im Einklang mit den innerpolitischen Notwendigkeiten der amerikanischen Kongreßwahlen, und der politische Wortführer Morgans mußte eine Rede halten, um den Eindruck dieser Kundgebung der Bankiers in den Vereinigten Staaten zu verwischen.

Der kleinbürgerliche Flügel

Aber es sind nicht nur die beiden größten Gruppen der kapitalistischen Interessen, die gegenwärtig mit der Republikanischen Partei auf dem Kriegsfuße stehen. Innerhalb dieser unter der Führung des größten Trust- und Finanzkapitals stehenden Partei, gibt es auch Kandidaten, die sich an den Wahlen als offizielle Vertreter der Partei beteiligen, jedoch ein Programm verteidigen, das für die Beschneidung der Kapitalprofite auf 5 Prozent, für die „Uebertragung“ der restlosen Kontrolle der Industrie an die Arbeiterschaft (entsprechend der Darstellung ihrer Gegner) und für tiefe Eingriffe in die Regierungsgelder zur finanziellen Unterstützung der Farmer eintritt. Das extremste Beispiel innerhalb der Republikanischen Partei ist wohl Brookhart, der aus den Vorwahlen im Staate Iowa mit einer Stimmenmehrheit von 71 000 Stimmen als Sieger hervorging und der Republikanischen Partei den Senatorposten eroberte. Nun aber heißt es, daß dieser offizielle Kandidat der Republikanischen Partei vor organisierten Arbeitern eine Rede gehalten hat, in der unbestimmte, aber günstige Hinweise auf Sowjetrußland (in bezug auf die „genossenschaftlichen Methoden“) gemacht wurden, als ein Beispiel, das die amerikanischen Arbeiter und Farmer befolgen sollten. Natürlich darf man die Worte eines republikanischen Politikers, wenn er den Massen gegenüber auf Stimmenfang ausgeht, nicht ernst nehmen; aber aus allem geht hervor, daß innerhalb der Vertreter der großkapitalistischen politischen Parteien all jene Widersprüche lebendig sind, die auf eine Durchbrechung der Linie dieser Parteien und auf die Bildung neuer, den Klassenverhältnissen mehr entsprechender Parteien hinarbeiten.

Bis jetzt haben die verschiedenen „Reformen“ dazu beigetragen, zu verhindern, daß die alten Parteien buchstäblich zusammenbrechen und neue Parteien entstehen — vor allem gehört hierzu das Gesetz über die Vorwahlen, das unter dem Kleinbürgertum und den Farmern die Illusion züchtet, als könnten sie die großkapitalistischen Parteien erobern und ihren

eigenen Interessen dienstbar machen. Das hat u. a., neben einer ganzen Reihe politischer Umstände, auch dazu beigetragen, die Bildung einer Labour Party zu verhindern.

Die amerikanische Bourgeoisrepublik blickt auf eine eigenartige Geschichte hinsichtlich des Klassengesichtes ihrer politischen Parteien zurück. Wurde doch die unabhängige politische Partei der kapitalistischen Klasse erst 1854 gebildet. Bis zu jener Zeit war die Bourgeoisie und die Klasse der Sklavenbesitzer des Südens zwischen den beiden bestehenden Parteien, den „Whigs“ (Konservativen) und den „Demokraten“ verteilt, mit Gegensätzen, die in anderen Richtungen trennten, als der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer. Erst als die Gegensätze zwischen der kapitalistischen Produktionsform der „freien Arbeit“ und dem Sklavensystem der Produktion (mit einer Industriekrise und der Forderung der Schutzzölle für einheimische Erzeugnisse) den politischen Kampf in eine scharfe Spaltung zwischen den beiden Hauptklassen umschlagen ließen, kam es zur Bildung der klassischen Partei der kapitalistischen Klasse. Die Linie des Gegensatzes ging durch beide Parteien hindurch und beide Parteien wurden auseinandergerissen: die Partei der „Whigs“ wurde vernichtet und die neue Republikanische Partei geboren, die berufen war, die Bourgeoisie ihrer ungeteilten Herrschaft entgegenzuführen.

Die Parallele in bezug auf den gegenwärtigen Konflikt innerhalb der Republikanischen Partei und innerhalb der Demokratischen Partei springt in die Augen.

Seit die Demokratische Partei ihre stolze Stellung als Führerin der Sklavenhaltenden Großgrundbesitzer immer mehr verlor, wurde sie mehr oder weniger die stehende Partei der kleinbürgerlichen Unzufriedenheit. Die Republikanische Partei nahm erstmals 1898 konkrete Formen an, — als der spanisch-amerikanische Krieg den Anbruch der imperialistischen Epoche der Vereinigten Staaten verkündete; sie trat von da ab als die ausgesprochene Partei des Finanzkapitals, der großen Trusts und der imperialistischen Expansion auf. Von dieser Zeit an wurde die Demokratische Partei zu einer mehr oder weniger „liberalen“ Partei, bis — wie das stets die Tragik der kleinbürgerlichen Politiker ist, — der „liberale“ Führer Woodrow Wilson nach den Wahlen sich in den offensten Agenten des großen Finanzkapitals verwandelte.

Seit der Wiederwahl Wilsons war es ein Sprichwort der amerikanischen Politik, daß (im ganzen Lande) absolut kein Unterschied zwischen der Republikanischen und der Demokratischen Partei bestehe. Vielleicht beziehen sich die hauptsächlichsten Unterschiede auf örtliche Fragen, falls sie nicht, im Landesmaßstab, innerhalb der beiden Marken von Berufspolitikern bei der Jagd nach den „Posten“ im Dienste der Interessen der Hochfinanz zum Ausdruck kommen.

Jedenfalls geht die gegenwärtige politische Lage in den Vereinigten Staaten mit schweren Klassenkonflikten schwanger. Diese Gegensätze hängen aufs engste zusammen mit der Verwandlung der Vereinigten Staaten in die führende imperialistische Macht und in die hauptsächlichste Gläubiger-nation (wodurch es in der vorstehend geschilderten Weise zum Zusammenstoß zwischen den beiden Lagern von Kapitalisten kommt) und, zweitens, mit der Erscheinung der „Schere“, die auf eine Enteignung der unteren

Schichten der Farmer hinausläuft, sowie, drittens, mit der verschärften Auspielung der neuzentralisierten Landesregierung gegen die Arbeiterklasse, der gegenüber sie immer offener bei deren Konflikten mit dem enorm zentralisierten Kapital auftritt.

Ob die finanzkapitalistische Gruppe der Morgan und Rockefeller bei dieser Wahl Erfolg haben und ihre Mehrheit im Senat sowie im Abgeordnetenhaus behalten wird oder ob sie bei den Wahlen durchfällt und ihre Zuflucht zur Nutzbarmachung verschiedener Programmpunkte des Kleinbürgertums, wie etwa der „fünfprozentigen Profitgrenze“, der „Arbeiterkontrolle“ usw. nehmen muß, um sich im Kongreß dienstbare Geister zu schaffen, das läßt sich heut noch nicht voraussagen. Aber soweit aus der gegenwärtigen Situation ersichtlich ist, verweist die Hauptrichtung der Entwicklung auf die Entstehung neuer politischer Parteilinien.

Die Aussichten der Labour Party

Die Welle der Bewegung zur Bildung einer Labour Party, die ihren Ursprung in verschiedenen geschichtlichen Erscheinungen hat, einschließlich der „Deflation der Nachfrage nach Arbeitskräften“, und den Klassenkonflikten im Jahre 1922, sowie der direkten und offenen Streikbrecherrolle der Landesregierung, ist nicht mehr so stark, seitdem die aufsteigende Position des amerikanischen Imperialismus neue Bestechungsmöglichkeiten in bezug auf die Arbeiteraristokratie erstehen läßt; aber die grundlegenden Voraussetzungen für die Entstehung einer Labour Party sind dennoch da und sprechen für sich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich in dieser Beziehung, etwa zur Zeit der Präsidentenwahlen von 1928, bedeutsame Entwicklungen ergeben. Bei den bevorstehenden Kongreßwahlen (November) wird es etwa ein halbes Dutzend Staaten geben, in denen ein Vorstoß der Labour Party in der einen oder anderen Richtung Erfolg haben wird. In Minnesota sowie allgemein im Nordwesten, bedient man sich hierbei in der Regel der Parole der „Farmer-Labour“-Partei, in den höher industrialisierten Landesteilen, besonders im Osten, bedient man sich hierzu gewöhnlich der „einheitlichen Arbeiterliste“, die Uebergangsform im Prozeß der Entstehung einer Labour-Party. Die Kommunistische Partei Amerikas ist sich vollkommen darüber klar, daß die Entwicklung des Klassenbewußtseins der amerikanischen Arbeiterklasse auf dem Wege über die Klärung der Klassenlinien durch die Bildung einer Labour-Party vor sich gehen wird. Die Tatsache, daß die Labour-Party in Amerika so spät und erst nach dem Weltkrieg und nach der Bildung einer Kommunistischen Partei kommt, bedeutet — das die Kommunisten von Anfang an in der Labour-Party eine außergewöhnlich bedeutende Rolle spielen werden.

Die Workers (Communist) Party beteiligt sich bei diesen Wahlen überall, wo es möglich ist, an den Einheitsfrontaktionen, ganz gleich, ob sie im Zeichen der „Labour-Party“, der „einheitlichen Arbeiterliste“ oder der „Farmer-Labour-Party“ stehen. In anderen Staaten, wo die Einheitsfront infolge reaktionärer Einflüsse abgelehnt wurde, hat die Workers (Communist) Party ihre eigenen Kandidaten unter kommunistischer Flagge aufgestellt und eine energische Kampagne eingeleitet.

KARL BITTEL:

DIE GENOSSENSCHAFTSINTERNATIONALE UND IHRE POLITIK

*Vor der Zentralkomiteesitzung in Hamburg (13. bis 16. Oktober 1926)**

Innerhalb der Genossenschaftsinternationale haben sich im Laufe des letzten Jahres — seit der letzten Zentralkomiteesitzung im Oktober 1925 in Paris — sehr ernste Vorkommnisse abgespielt, mit denen sich die Masse der proletarischen Genossenschaftsmitglieder beschäftigen muß.

Die Passivität der Arbeiterschaft gegenüber Genossenschaftsfragen hat bereits die Gefahr heraufbeschworen, daß die Genossenschaftsbewegung — die ein wichtiger Faktor im Existenz- und Befreiungskampf sein könnte — mehr und mehr aufhört, eine Waffe zur Verteidigung der proletarischen Klasseninteressen zu sein. Man muß jedoch anerkennen, daß die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter als Konsumenten, als Ergänzung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation, ein unbedingtes Erfordernis ist, und zwar in allen Stadien des Klassenkampfes: sowohl im täglichen Existenzkampf (Kampf gegen Wucher und Teuerung) wie auch in den akuten Wirtschaftskämpfen, bis zum politischen Machtkampf (siehe das Problem der Organisation der Verpflegung im englischen Streik), und auch noch nach der Machteroberung zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft (Sowjetrußland). In allen diesen Fällen müssen die Genossenschaftsorganisationen wichtige Glieder der Organisationskette des Proletariats sein. Zweifelsohne ist es ein entscheidender Mangel, daß die Klarheit über die Rolle der Genossenschaften im Klassenkampf noch sehr gering ist.

Was ist für die Internationale Genossenschaftsbewegung und ihrer Allianz am meisten charakteristisch?

Erstens hat die internationale Genossenschaftsbewegung einen Riesenumfang. Die Allianz zählt in 32 Ländern 100 000 Organisationen mit 50 Millionen Mitgliedern. Zweifellos ist die Masse dieser Mitgliedschaft Proletariat und Kleinbürgertum: Arbeiter, Bauern, Angestellte, kleiner Mittelstand, insbesondere proletarische Hausfrauen.

Zweitens ist die Genossenschaftsinternationale von den breiten Massenorganisationen die einzige Einheitsorganisation der Welt. Sie umfaßt die konsumgenossenschaftlichen Organisationen aller Länder, einschließlich der Länder der Union der Sowjetrepubliken. In ihrem Zentralkomitee und der Exekutive sind alle politischen Richtungen vertreten, von den Bolschewiki bis zu den englischen Konservativen. Auf ihren Weltkongressen ringt die proletarische Opposition mit den reaktionärsten Tendenzen.

* Anmerk. d. Redaktion. Der vorliegende Artikel des Genossen Bittel war vor der Sitzung des ZK der Genossenschaftsallianz geschrieben und seine Veröffentlichung wurde durch eine Reihe Ursachen technischer Natur aufgehalten. Er hat jedoch keineswegs an Interesse eingebüßt, da die vom Verfasser aufgestellten Sätze durch die Ergebnisse der Sitzung nur bestätigt wurden.

Drittens widmet sich die Genossenschaftsbewegung einem Aufgabengebiet, das von hoher proletarischer Wichtigkeit ist. Sie will gegen Ausbeutung und Wucher im Handel und zum Teil auch in der Produktion kämpfen, sie organisiert die Masse der Konsumenten zum Kampf gegen Teuerung, Steuern, Zölle, Kriegsgefahr und Faschismus und schließt die Werktätigen zu genossenschaftlichen Armeen zusammen, die sich allerdings nur in den seltensten Fällen am Klassenkampf beteiligen.

Viertens baut die internationale Genossenschaftsbewegung einen ökonomischen Apparat auf, der zwar selbstverständlich nicht imstande ist — wie es die Reformisten behaupten — die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu verdrängen, aber der doch bereits ökonomische Organisationen geschaffen hat, deren Bedeutung für den proletarischen Kampf anerkannt werden muß. Gewiß gibt es niemals eine Sprengung des kapitalistischen Rahmens durch eine genossenschaftliche Aktion, aber nichtsdestoweniger soll man die Kraft der Genossenschaftsorganisationen nicht unterschätzen. Für die Arbeiterklasse ist dieser Apparat von Warenvorräten, Lagerhäusern, Läden, Transportmitteln, Maschinen, Bäckereien, Fleischereien, Mühlen, Banken, Sparkassen, Geschäftshäusern eine sehr positive Angelegenheit. Daneben ist diese von genossenschaftlichen Arbeiterinstitutionen bezahlte Armee von Funktionären und qualifizierten Spezialisten, samt der ausgedehnten Genossenschaftspresse ein Faktor, der heute zwar fast restlos dem Reformismus dient, der aber durch den Willen aktiver proletarischer Genossenschaftsmassen zu einer Waffe im Klassenkampf gemacht werden kann.

Beschäftigen wir uns mit der Frage: was für eine Rolle spielt die Spitze der internationalen Genossenschaftsbewegung, wie arbeitet und was tut die Genossenschaftsinternationale?

Ihre Organe sind: ein Generalsekretariat in London, eine elfgliedrige Exekutive, die vierteljährlich tagt, ein Zentralkomitee von 62 Mitgliedern, das jährlich zusammenkommt, und ein internationaler Genossenschaftskongreß, der alle drei Jahre tagt; zuletzt in Basel 1921 und Gent 1924, demnächst im Oktober 1927 in Stockholm. Daneben gibt es eine internationale Großeinkaufsgesellschaft und ein Komitee für eine internationale Genossenschaftsbank und eine Versicherungsgesellschaft, sowie eine internationale genossenschaftliche Frauengilde.

Das Arbeitspensum der Tagungen und Sitzungen der letzten Jahre konzentrierte sich, außer auf die Registrierung und Information über die Entwicklung der Genossenschaftsorganisationen und ihre geschäftliche Erfahrungen, auf folgende wesentliche Fragen: Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung, andauernde Proklamierung der politischen Neutralität, der Besprechung der Gefahren von Faschismus und Krieg, sowie Vorbereitungen für die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes und Beteiligung an derselben. Fortwährend gehen die Angriffe des reaktionären Flügels gegen die Sowjetgenossenschaften und auf die Versuche, sie zu entrechten, so daß die ständige Gefahr einer Spaltung heraufbeschworen ist. Zur Aufstellung eines grundsätzlichen Programms internationaler Genossenschaftspolitik ist es bis heute noch nicht gekommen, obwohl die Allianz schon über 30 Jahre besteht.

Die Sowjetgenossenschaften verfolgen seit ihrer Aufnahme auf dem letzten Weltkongreß in Gent 1923 eine konsequente Linie internationaler

proletarischer Genossenschaftspolitik und haben mehrfach entsprechende Anträge gestellt. So auf der Exekutivsitzen im Januar 1925 drei Anträge: zu einer Teuerungskampagne, zum Kampfe gegen die Kriegsgefahr und für einen einheitlichen internationalen Gewerkschafts- und Genossenschaftskongreß. Auf der letzten Zentralkomiteesitzung im Oktober 1925 in Paris wurde ein „Memorandum zur internationalen Genossenschaftspolitik“ von der Sowjetdelegation vorgelegt, das konkrete praktische Vorschläge zu dieser Frage macht. Außerdem wurde der Antrag gestellt, anlässlich der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes eine proletarische internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen.

Wenn man eine Bilanz über die Tätigkeit der Allianzorgane zieht, muß man feststellen: absolut unproduktiv. Die vierteljährlichen internationalen Sitzungen sehen ihre Hauptbeschäftigung darin, kleine technische und Fragen untergeordneter Bedeutung ausgiebig zu besprechen (z. B. eine Regenbogenfahne!), gehen aber in den entscheidenden Fragen den Dingen aus dem Weg. Dieses Konglomerat von Interessen, das von den einzelnen Führern vertreten wird, macht die Genossenschaftsinternationale zu einer leblosen Sache, trennt sie von den Massen und verurteilt die Genossenschaften zu einer Passivität auch in solchen Fragen, die zweifelsohne zu ihren elementarsten Aufgaben gehören. Man betrachte nur ihr ureigenes Gebiet: der Kampf um billige Preise. Nicht nur, daß noch niemals eine Kampagne gegen Teuerung, Steuern und Zölle seitens der Allianz unternommen worden ist, es hat bis zum heutigen Tage überhaupt noch nicht einmal eine gründliche Beschäftigung mit diesen Problemen stattgefunden. Die einzelnen Genossenschaftsorganisationen begnügen sich damit, einen gewöhnlichen geschäftlichen Konkurrenzkampf zu führen, was vor 20 Jahren eine ganz nützliche Angelegenheit war, aber heute, im Zeitalter der Preisdiktatur der Konzerne und Truste, von sehr geringer Bedeutung ist. Die Fachleute wissen, daß unter den gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnissen die Dinge so liegen, „daß — um mit Renner zu sprechen — „kein Konsumverein eine Wunderquelle besitzt, aus der er billiger abgeben kann als zum normalen Tagespreis, den jeder ordentliche Kaufmann verlangt“. Man muß also feststellen, an welcher Stelle und womit die Genossenschaftsbewegung in den proletarischen Existenzkampf eingreift. Dabei kann man nur zu einer einzigen Konsequenz kommen, daß der Teuerungskampf als Klassenkampf gegen das Preisdiktat der Truste und Kartelle zu führen ist, daß sich also die genossenschaftliche Massenbewegung eingliedern muß in die einheitliche Kampffront des Proletariats zur Beseitigung der Kapitalsdiktatur. Mit dieser Erkenntnis stürzt das ganze Gebäude der „politischen Neutralität“ zusammen und an seine Stelle tritt als oberster Grundsatz die Arbeitersolidarität der Genossenschaftsbewegung.

So steht es auch mit den anderen Fragen, die in das Gesichtsfeld der Genossenschaftsbewegung treten. Als der Faschismus die bulgarischen und italienischen Genossenschaften zerstörte, gab es nur eine Möglichkeit des Abwehrkampfes: proletarische Einheitsfront mit den anderen Arbeiterorganisationen im internationalen Maßstabe. Das gleiche gilt hinsichtlich der Frage der Kriegsgefahr, wo die pazifistischen Phrasen angesichts des waffenstarrenden Imperialismus wie einfältige Kindereien anmuten. Auch in diesen beiden Fragen hat sich die Allianz im letzten Jahr eine schwere

Schlappe zugezogen, wobei insbesondere die Antifaschistenaktion zu einem jämmerlichen Fiasko wurde.

Die größte Lehre in der Allianzpolitik liegt jedoch in den letzten fünf Monaten. Betrachten wir das Verhalten der Allianz zu dem heroischen Kampf der englischen Bergarbeiter. Hier konnte sich zum erstenmal in der Geschichte die vielgerühmte Organisationskunst und Geschäftstüchtigkeit der Genossenschaftsführer an einem historischen Beispiel erweisen. Hier konnte der Gedanke genossenschaftlicher Solidarität so in die Wirklichkeit umgesetzt werden, daß die Genossenschaftsbewegung für das Proletariat der ganzen Welt ein neues Gesicht, neue Zugkraft und eine gewaltige Bedeutung bekommen hätte. Gewiß, man durfte keine großen Erwartungen haben. Denn man wußte aus früheren Streiks, mit welcher Schwerfälligkeit sich die Genossenschaften in solche Erfordernisse fügten. Man sah den vergeblichen Kampf der Kommunistischen Partei und Minderheitsbewegung in England selbst, um im nationalen Maßstab eine genossenschaftliche Streikhilfe zu organisieren. Die Haltung jedoch, die seitens der Allianz eingenommen wurde, übertrifft tatsächlich alle Erwartungen! Als die Genossenschaften der USSR in selbstverständlicher internationaler Solidarität eine großzügige Hilfsaktion einleiteten, telegraphierten sie an die Allianz (am 23. April) und schlugen eine internationale moralische und materielle Unterstützungskampagne vor. Diese Anträge wurden nicht nur abgelehnt, sondern in niederträchtigster Weise verspottet. Der Zentralverband in Deutschland schrieb in seinem Organ am 8. Mai: „Die Moskowiter haben es sehr eilig mit dem Löschen, ehe es noch brennt.“ Auf der Exekutivsitung der Allianz am 1. Mai in Antwerpen wurde der russische Dringlichkeitsantrag überhaupt nicht zur Erörterung zugelassen, da die „politische Neutralität“ die Beschäftigung damit verbiete. So vergingen fünf Monate, ohne daß sich die Allianz rührte. Alle Proteste seitens der Sowjetgenossenschaften und der proletarischen Opposition in den verschiedenen Ländern, alle Hilferufe der hungernden Kinder und Frauen in den Bergrevieren, ja sogar die schwierige Lage, in die zahlreiche englische Bergarbeiter-Konsumvereine selbst bereits geraten sind und die der ganzen Genossenschaftsbewegung Großbritanniens einen schweren Schlag versetzen werden, bringen die Allianz nicht aus ihrer Neutralitätsruhe. Wenn der Streik niedergezwungen wird, dann nur wegen des Hungers. Diesen Hunger hätten die Genossenschaften stillen helfen können und müssen. Der britische Kapitalismus hat eine internationale Einheitsfront des Kapitals organisiert. Die Einheitsfront der Werktätigen kam nicht zustande. Den Verrat der Allianz im englischen Bergarbeiterkampf werden ihr die Arbeitermassen der ganzen Welt nicht vergessen.

Auf der Mitte Oktober stattfindenden Zentralkomiteesitzung in Hamburg wird wieder eine lange Tagesordnung vorliegen mit einem Bericht über die Tätigkeit der Allianz im letzten Jahre. Auch der Tagesordnungspunkt „Internationale Genossenschaftspolitik“ wird wieder erscheinen. Außerdem wird man sich mit der Vorbereitung der internationalen Wirtschaftskonferenz beschäftigen. Natürlich wird die sowjetrussische Delegation erneut die Frage der Unterstützung der englischen Bergarbeiter aufwerfen und eine internationale Unterstützungskampagne verlangen. Zum Tagesordnungspunkt „Weltwirtschaftskonferenz“ wird Professor Milhaud (Paris)

ein Referat vorlegen über die vorbereitende Konferenz, die der Völkerbund im April 1926 in Genf veranstaltet hat. Auf dieser Konferenz nahmen seitens der Gewerkschaftsbewegung Jouhau, Oudegeest und Artur Shaw und seitens der Genossenschaftsbewegung Emmy Freundlich und Oerne teil; Genosse Chintschuk vom „Zentrosojus“ (Moskau) nahm wegen des Stattfindens der Konferenz in der Schweiz nicht teil. Die von der Arbeitnehmergruppe vorgelegten Anträge sind schwächlich und ungenügend und getragen vom Geist internationaler Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital. Seitens der russischen Delegierten wird in Hamburg die Erklärung abgegeben, daß eine internationale Wirtschaftskonferenz nur dann den Interessen der werktätigen Massen dienlich sein kann, wenn sie nicht vom Bund der kapitalistischen Regierungen, sondern von den Arbeiterorganisationen, insbesondere den Gewerkschaften und Genossenschaften veranstaltet wird, um ein Aktionsprogramm gegen den Kapitalismus aufzustellen.

Zur Frage der Aenderung des Statuts wird die sowjetrussische Delegation in schärfster Weise Front machen gegen die Absicht, die Sowjetgenossenschaften in ihrer Vertretung im Zentralkomitee zu benachteiligen, und auf der alten Forderung beharren müssen, daß die Genossenschaften jeder einzelnen Sowjetrepublik der in der Union der SSR vereinigten Republiken in der Vertretungszahl gleichberechtigt ist mit den Genossenschaften der kapitalistischen Staaten.

Es stehen also eine Reihe von Fragen vor der Zentralkomiteesitzung, die das Interesse der genossenschaftlich organisierten proletarischen Massen fordern. Es wird Sache der Arbeiterschaft sein, die Vertreter der nationalen Genossenschaftsorganisation zu zwingen, diese Fragen im Sinne der Klasseninteressen der Mitgliedermassen zu lösen.

Dies kann in erster Linie durch erhöhten aktiven Kampf der proletarischen Elemente innerhalb der Genossenschaftsbewegung unter der Leitung der Kommunistischen Parteien erreicht werden.

B. SMERAL:

„NEUE ERSCHENUNGEN“ IN DER TSCHECHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Die tschechische sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei bereitet die Revision ihres Programms vor. Im Zusammenhange damit erscheinen in der letzten Zeit in der Presse dieser sonst theoretisch absolut sterilen Partei Artikel programmatischen Charakters. In diesen Artikeln finden wir eine Reihe von Formulierungen, die für die weitere Degeneration des reformistischen Lagers der Zweiten Internationale charakteristisch sind. In der österreichischen Sozialdemokratie (mit der die tschechische durch eine gemeinsame Vergangenheit verbunden war) wird der immer größere Verfall der Sozialdemokratie noch mit einer marxistischen Terminologie gedeckt. Auch die deutsche Sozialdemokratie, um die Massen zu täuschen und ihre

konterrevolutionären Taten vor ihnen zu verhüllen, beruft sich hie und da mit unaufrichtigen Worten auf Karl Marx. Die Führer der tschechischen Partei der Zweiten Internationale erklären im Zusammenhange mit der geplanten Aenderung des alten Programms bereits offen, daß die heutige Sozialdemokratie mit den Traditionen der Vergangenheit der Arbeiterbewegung und mit Marxismus nichts Gemeinsames hat und auch nichts Gemeinsames haben will.

Ich beginne mit einem Artikel, den der Zentralsekretär der tschechischen sozialdemokratischen Partei, Marek, in der letzten Nummer des Monatsjournals „Akademie“ veröffentlicht. In dem Artikel wird im wesentlichen folgendes ausgeführt: In den Reihen der Mitglieder der Partei wird immer mehr und mehr nach der neuen Fassung des Programms gerufen. Diese Stimmen sind zweifacher Art. Die einen drängen darauf, daß in der Konstruktion des Programms eine jede schon erfüllte Forderung durch eine andere ersetzt werde, die auf die Mitglieder der Arbeiterklasse eine gleiche Anziehungskraft ausüben würde, wie das alte Programm in vergangenen Jahrzehnten wirkte. Die anderen erwarten von der Revision des Programms „etwas, was sich von dem alten Programm wesentlich unterscheidet“. Beide Flügel zu befriedigen wird nach der Meinung des Schreibers „schwierig“ sein, und darum werde notwendig sein, zwischen diesen beiden Strömungen auf einen „mittleren Weg“ sich zu stellen.

Schon aus dem Gesagten kann man sich über die in der tschechischen Sozialdemokratie herrschenden Stimmungen eine Vorstellung machen. Die Massen der proletarischen Mitglieder wollen ein radikaleres Programm haben, als das jetzige war, ein Programm, das weiter gehen würde als die in der bürgerlichen Republik schon erfüllten „demokratischen“ Minimalforderungen der alten sozialdemokratischen Programme. Der führende Gipfel der Partei erstrebt direkt das Gegenteil. Er verlangt ein Programm, das sich „von dem alten wesentlich unterscheidet“, er drängt die Partei in eine vollkommene, auch formell im Programm festgelegte Absage vom Marxismus.

Wodurch soll nach den Ansichten dieser Sozialdemokraten der Marxismus ersetzt werden? Die augenblicklich in Gang befindliche Diskussion in der tschechischen Sozialdemokratie antwortet auf diese Frage: Der Marxismus soll durch den „amerikanischen“ Typus der „Arbeiter“bewegung ersetzt werden. In dem zentralen Tagblatt der tschechischen sozialdemokratischen Partei waren in der Zeit vom 15. September bis zum 13. Oktober, also im Laufe eines Monats, nicht weniger als sechs Artikel, davon vier Leitartikel, die in dieser Richtung Propaganda machten.

Mitte September fand in Prag der Kongreß der Delegierten des Verbandes (der Zentralorganisation) der tschechoslowakischen Industriellen statt. In dieser Zeit und in diesem Zusammenhange beginnt das sozialdemokratische Tagblatt seine Programmartikel zu veröffentlichen. Am 15. September erschien der Artikel „Charakteristische Kundgebung unserer Industriellen“. Das sozialdemokratische Blatt macht den Kapitalisten den Vorwurf der „Nachlässigkeit“, weil sie die technischen Einrichtungen ihrer Fabriken wenig verbessern. Und in diesem Zusammenhange, anstatt nach der Arbeiterkontrolle der Produktion zu rufen und die Zweckmäßigkeit der Expropriation der Fabriken zu beweisen, schreibt es:

„Wir sind vollkommen damit einverstanden, daß der Haß dem Unternehmer gegenüber und die politische Hetzerei nicht einen einzigen Arbeiter satt machen können. Der Unternehmer des heutigen Tages hat eine große Verantwortung vor der Zukunft, wie eine solche auch der Arbeiter hat. Die Arbeiterpartei, dieser Verantwortlichkeit sich bewußt, will mitarbeiten, aber nur, wenn man vorwärts schreiten wird, fest, zu einem bestimmten präzisen Ziele, auf dem Programmwege, nach dem durch ein Einvernehmen gewonnenen Plane. Vorläufig fehlt hier das Vertrauen in das Benehmen unserer Vertreter des Verbandes der Industriellen. Und für die Mitarbeit (Unterstrichen im Original. B. Sm.) ist in erster Reihe das Vertrauen nötig.“

Die tschechische Sozialdemokratie, die von der Bourgeoisie aus der politischen Koalition und aus der Regierung eben hinausgeworfen wurde, bietet dem Kapitalismus also die Mitarbeit, eigentlich die Lakaiendienste auf wirtschaftlichem Gebiete an und verzichtet von vornherein auf die „Hetze“ gegen die Kapitalisten. Sofort nach diesem Artikel veröffentlicht „Pravo Lidu“ vier weitere Artikel, in denen es das, was in dem ersten nur allgemein angedeutet wurde, konkretisiert. Am 16., 19. und 21. erschienen in auffallender Form im sozialdemokratischen Blatte drei gezeichnete programmatische Artikel eines der vielen einflußreichen politischen Führer dieser Partei, des gewesenen Ministers Bechyně. Die Artikel haben den Titel „Revolutionärer Kommunist“ und sind polemisch gegen unsere Kommunistische Partei gerichtet (Gegen wen soll der Sozialdemokrat in den Tagen des Kongresses der Fabrikanten polemisieren?). Ihr Inhalt ist so charakteristisch, daß wir — die wichtigsten Sätze wörtlich — wiedergeben.

„Wir raten den Arbeitern“, beginnt der gewesene sozialdemokratische Minister zu schreiben, „mehr über ihre heutigen Bedürfnisse als über die Doktrinen zu sprechen.“ „Die Aussprache über die internationale Situation unserer (!) Produktion, über den Absatz der Produkte, über die Organisation der Arbeit, ist unserer Ansicht nach eine bessere Schule des Sozialismus als Straßendemonstrationen.“ „Kein Protest, keine Demonstration, kein Streik, keine Revolution wird bewirken, daß auf die Dauer ein Betrieb im Gange sich halte, der der internationalen Konkurrenz unterlegen ist.“ „Die Krise des Kapitalismus ist keine tödliche.“

Und in diesem Zusammenhange folgt dann eine begeisterte Schilderung der amerikanischen Verhältnisse, in der der erste Artikel gipfelt.

In dem zweiten Artikel fährt dieser „Sozialist“ fort:

„Unsere Industrie verliert die ausländische Schlacht. Deutschland dringt siegreich in die Staaten, die sich aus dem früheren Oesterreich-Ungarn gebildet haben. In Polen und auf dem Balkan fühlen wir stark seine Konkurrenz. Wenn sich der russische Markt öffnet, werden die deutschen Produkte, früher als unsere, auf ihm sein. Entscheidet sich unsere Industrie nicht zu der Reorganisation, und werden wir nicht gleichzeitig die Verbilligung der öffentlichen Verwaltung (das heißt die Entlassung von Staatsangestellten und Herabsetzung der Löhne. B. S.) durchführen, so verlieren Hunderttausende unserer Arbeiter die Arbeit, und die Mehrzahl von ihnen wird sie dann überhaupt nicht mehr bekommen. Auch zu Hause sind wir geschlagen. Wie viele fremde Automobile fahren bei uns? Warum sind unsere Produzenten (Großkapitalisten! B. S.) nicht fähig, ein Einverständnis in bezug auf ihre Tätigkeit herbeizuführen? Warum schaffen sie nicht — sagen wir — drei Typen der Wagen und warum ordnen sie nicht die Produktion so, daß eine Unternehmung die andere ergänze? In den Vereinigten Staaten von Amerika werden Fabriken für die Produktion der einzelnen Teile spezialisiert.“

Nach einer solchen Sorge um die vaterländischen kapitalistischen Unternehmer und ihre erfolgreiche Konkurrenz mit dem ausländischen Kapital schließt der zweite Artikel mit einem Angriff auf die Kommunisten:

„Wir können nicht begreifen, was hier die proletarische Revolution und die Vorbereitungen zu ihr nützen können.“

Im dritten Artikel resumiert der sozialdemokratische Führer seine bisherigen Ausführungen und setzt auseinander, welche Folgerungen sich aus ihnen für das sozialdemokratische Programm und für die sozialdemokratische Politik ergeben: Das Unternehmertum muß zur Modernisierung der Methode seiner Produktion und seines Handels schreiten.

„Und da kommt auch für die Arbeiterbewegung der Moment der ernstesten Erwägungen. Auch die Arbeiterbewegung steht auf dem Scheidewege.“

Die Arbeiter können durch ihre „Mitarbeit“ diesen wirklich schweren Prozeß (der kapitalistischen Restauration!) erleichtern:

„Wir verheimlichen uns nicht und wollen auch den Arbeitern nicht verheimlichen, daß die Reorganisation von einer schweren Krise begleitet sein wird. Der revolutionäre Kommunist macht darauf aufmerksam, daß die Rationalisierung die erhöhte Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird. Das ist wahrscheinlich, ja wir müssen damit rechnen. Aber die Arbeitslosigkeit haben wir auch jetzt. Man sagt, daß Batja, ein großkapitalistischer Millionär und Inhaber der größten amerikanisch organisierten Schuhproduktion in der Tschechoslowakei, viele Existenzen vernichtet hat. Aber wie viele neue Leute haben in seinen Fabriken Platz gefunden? Trotzdem ist es uns klar, daß wir vor der Frage stehen, ob es möglich ist, in diesem Lande 13¼ Millionen zu ernähren. Wir müssen den Mut haben, einmal exakt festzustellen, was wir von dem Exporte zu erwarten haben, und von der Flickarbeit der Notunterstützungen (also Aufhebung der Unterstützung der Arbeitslosen! B. S.) zu einer planmäßigen Lösung übergehen. In Oesterreich hat man den organisierten Versuch gemacht, die überzähligen Arbeitskräfte in die Landwirtschaft zu überführen. Ich glaube, bei uns könnte sich ein ähnlicher Versuch mit Erfolg wiederholen. Ich bin weiter für die Regelung der inneren Kolonisation und für die Förderung der Emigration, damit die Republik ihre Kinder (!) nicht mit bloßen Händen in die Fremde abfahren läßt.“

Niemand kann lebendiger die verzweifelte Lage des Landes schildern, das nach seiner „Befreiung“ acht Jahre von den Sozialdemokraten und von der bürgerlichen „Demokratie“ regiert war. Niemand kann lebendiger als die eigenen Worte des tschechischen Sozialdemokraten den Verfall der Zweiten Internationale schildern, die vom Marxismus, vom Klassenkampfe um die Eroberung der Macht durch die Arbeiter soweit gesunken ist, daß sie, um den Kapitalismus zu retten, den Abbau der Industrie, den Rückgang zur Agrarisierung und die Förderung der Emigration der vernichteten Arbeiterexistenzen als ihr „Ziel“ in ihr neues Programm aufnehmen kann!

Bechyne hat noch einen vierten von ihm gezeichneten Artikel veröffentlicht. In diesem polemisiert er gegen die Bemerkung unserer kommunistischen Presse, er habe vollkommen den Glauben an den Sozialismus verloren. Bei dieser Gelegenheit wiederholt er von neuem die Märchen vom amerikanischen Kapitalismus und seinen Segnungen und fährt fort:

„Wir wollen, daß auch unser Arbeiter etwas in der Zeit seines Lebens hat. Wir vertrösten ihn nicht auf den Sieg der Revolution. Wir sehen in der ungenügenden Entwicklung des Handels und der Industrie eine der grundlegenden Ursachen des Elends unserer Zeit. Wir wollen eine Besserung. Wir sind zur Mitarbeit bereit“.

Bechyne hat im sozialdemokratischen Tageblatt wiederholt aus dem Handgelenk heraus für die Prinzipien des „Amerikanismus“ Stimmung gemacht. In den Artikeln von Bechyne waren die „amerikanisierten“ Fabriken des schwedischen Millionärs Batja erwähnt. Bisher wurde dieser Millionär in der Tschechoslowakei allgemein, auch von den Sozialdemokraten und Mittelschichten, als einer der größten Aussauger betrachtet. Nun auf einmal macht die sozialdemokratische Presse eine auffallend warme Stimmung für die

„Prinzipien“ seines Unternehmens. „Pravo Lidu“ hat einen von den bekannten Funktionären der sozialdemokratischen Partei, den stellvertretenden Bürgermeister von Prag, Kellner, zur Besichtigung der Batjas-Fabriken geschickt. Kellner beschreibt im „Pravo Lidu“ vom 28. September seine Eindrücke und bemüht sich, für den „Amerikanismus“ das Einverständnis der sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Gewiß, auch aus seiner tendenziösen Schilderung fühlt ein Arbeiter heraus, daß er in das heimtückische Netz des Klassengegners gelockt wird. Indem er loben will, schreibt der Sozialdemokrat über den nach der Tschechoslowakei verpflanzten „Amerikanismus“ folgendes:

„Batja hat die Wohnungen für die Arbeiter und die Uebernachtungsräume für die Mädchen und Lehrlinge errichtet. Die Wohnungen sind barackenartig gebaut, mit dünnen Wänden, ohne Grund und ohne Zubehör. In den Uebernachtungsräumen sind 2400 Schlafstellen (soviel Lehrlinge und Mädchen arbeiten in einer Fabrik, in der insgesamt 8000 Arbeiter beschäftigt sind. B. S.), in einem Raume 36 Schlafstellen, immer zwei übereinander. Es ist nicht besonders bequem, aber für die Mädchen immer noch besser, als wenn sie ohne Kontrolle draußen leben müßten. Die Arbeiter zahlen Mietzins in einer Höhe, daß das in den Wohnhäusern investierte Kapital mit 5,5 Prozent verzinst wird. Auf welche Art verschafft sich die Firma Kredite? Alles beruht darauf, daß das Prämiensystem als ein Teil des Lohnes eingeführt ist. Die geschäftliche Grundlage der Fabrik beruht auf dem Anteil der Arbeitenden am Reingewinn des Unternehmens“.

Ich erwähne noch einen Artikel des „Pravo Lidu“, der unter der Ueberschrift: „Die Rationalisierung und die Arbeitszeit“ in der Nr. vom 13. Oktober erschienen ist. In diesem Artikel werden folgende Behauptungen aufgestellt:

„Rationalisierung in ihren Anfängen (durch diese Argumentation soll erzielt werden, daß die Arbeiter im entscheidenden Moment der Einführung der Rationalisierung nicht mit Forderungen der Verkürzung der Arbeitszeit, mit Pausen während der Arbeitszeit, Erhöhung von Löhnen usw. kommen. B. S.) hat manchmal wirklich den Sieg der Maschine über den Menschen bedeutet, die wissenschaftliche Leitung der Arbeit hat in vielen Fällen wirklich dem Unternehmer genützt, indem sie das Tempo der Arbeit für den Arbeiter beschleunigte und so den Arbeiter zur Erschöpfung und Müdigkeit führte, aber dies alles nur im Anfange“.

„Die Rationalisierung in der Industrie bedeutet das Streben nach einer vernünftigen Regelung des Arbeitsprozesses. Der Arbeitsprozeß wird durch drei Hauptfaktoren bestimmt: durch den Unternehmer, den Arbeiter und den Konsumenten. Die vernünftige Regelung, die Rationalisierung des Prozesses der Produktion verlangt also, daß jedem der drei Faktoren ein gerechter Teil zukommt“.

So wird von den Führern der tschechischen Sozialdemokratie über das kapitalistische Amerika gelogen, um die Arbeiter mit den Methoden des „Amerikanismus“ vollkommen, auch programmatisch, zu Werkzeugen der Versuche des kapitalistischen Aufbaus, zu Werkzeugen der kapitalistischen Konterrevolution zu machen.

Zum Schluß einige Worte über die ökonomische und politische Gesamtsituation der Tschechoslowakei, in der sich diese „Neuen Erscheinungen“ der tschechischen Sozialdemokratie zu entwickeln beginnen. Wirtschaftlich kommt das Land in eine Krisis, die jetzt als eine dauernde selbst von der Bourgeoisie betrachtet wird. Die Kapitalisten reagieren mit den Maßnahmen der Kartellierung, Rationalisierung, Desindustrialisierung, Liquidierung der wenigen rentablen Fabriken, Agrarisierung. Politisch neu ist im bürgerlichen Lager die wichtige Tatsache, daß die Politik der Bourgeoisie der nationalen Minderheit sich nicht in der revolutionären Richtung, sondern in

der Richtung des Kompromisses mit der Bourgeoisie der herrschenden Nation entwickelt. Wenn noch im Juli manche Symptome die Möglichkeit eines national-faschistischen Umsturzes nicht ausschlossen, sitzen jetzt zum ersten Male zwei deutsche Minister in der Regierung. Wenn, was durchaus möglich ist, auch die „loyal-oppositionellen“ tschechischen Sozialisten und Sozialdemokraten mit der bürgerlichen Mehrheit für das Budget stimmen werden, so wird die jetzige bürgerliche Regierung im Parlament eine so große Mehrheit haben wie noch niemals. Die Sozialdemokraten werden aber jetzt von den Bürgerlichen noch nicht gebraucht, darum wurden sie aus der Koalition und aus der Regierung hinausgedrängt. Die Bourgeoisie will sie für ihre Lakaiendienste nicht einmal mit den kleinsten reformistischen Zugeständnissen bezahlen. Die tschechischen sozialdemokratischen Führer reagieren darauf so, daß sie ihre Bereitschaft erklären, der Bourgeoisie vollkommen umsonst zu dienen. Weil sie die Bourgeoisie in eine politische Koalition nicht zulassen will, so bereiten sie die Aenderung ihres Programmes vor, um in einer wirtschaftlichen Koalition mit dem Verbands der Industriellen ihre perverse Neigung zur Liebedienerei befriedigen zu können. Die notwendige Folge dieser Tatsache wird der weitere Linksabmarsch der noch jetzt sozialdemokratischen Arbeiter sein. Die zweite Folge der jetzigen Situation, in der die tschechische agrarische Partei (nachdem sie ein Bündnis mit den deutschen Agrariern geschlossen hat, verfügt sie im Parlament über 74 Stimmen und ist der kristallisierte Brennpunkt für alle bürgerlichen und reformistischen Parteien geworden, wobei ihr natürlich die bürgerliche Linie auf Agrarisierung des Landes in die Hände spielt) den Höhepunkt ihres Einflusses erreicht hat, wird sein, daß jetzt die Klassendifferenzierung im Dorfe rasch fortschreiten und auch einen politischen Ausdruck finden wird. Diese zwei wichtigen Momente muß die KPTsch berücksichtigen. Einheitsfront und bedeutende Erweiterung der Arbeit unter der Bauernbevölkerung — das sind die wesentlichen Aufgaben der Partei in der nächsten Zukunft.

A. KAKTYN:
**DER PRIVATKAPITALISTISCHE SEKTOR
IM WIRTSCHAFTSSYSTEM DER SOWJET-
UNION**

Im Prozesse des sozialistischen Aufbaues gewinnt die Frage des Verhältnisses zwischen dem vergesellschafteten und dem privaten Sektor unserer Volkswirtschaft eine hervorragend wichtige Bedeutung. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die jüngste Opposition in der KP der SU dieses Thema zu ihrem Steckenpferd gemacht hat. Dabei ist es für die Opposition um so bequemer, sich mit diesem Thema zu befassen, als sie es unterläßt, obwohl sie überaus demagogisch zugespitztes Material vorbringt und sich in oberflächlicher Kritik und Angriffen ergeht, erschöpfendes statistisches Material anzuführen, das gestatten würde, die ausschlaggebenden Tatsachen einwandfrei festzustellen und dadurch jede schiefe Auslegung und Entstellung unmöglich zu machen. Die Schwäche unserer Statistik gestattet uns nicht, den überaus atomisierten und beweglichen Teil des Wirtschaftsprozesses zu erfassen, der unter die Sphäre des privatkapitalistischen Einflusses fällt und wir müssen uns deshalb bei unseren Untersuchungen und Debatten über dieses Thema lediglich mit Angaben über die allgemeinen Entwicklungstendenzen des Privatkapitals begnügen.

Die Frage wird noch außerordentlich kompliziert durch den weiteren Umstand, daß der Aktionsradius des Privatkapitals innerhalb unserer Wirtschaft mit dem umfassenden Aktionsradius der im Privatbesitz befindlichen nichtkapitalistischen Wirtschaften — der ungeheuren Mehrheit unserer Bauernwirtschaften — in engste Berührung kommt und in gewissem Sinne mit ihm zusammenfließt. Mehr noch. Dieses, seinem Entwicklungsstadium nach vorkapitalistische Milieu ist der Nährboden, auf dem die privatkapitalistischen Waren- und Tauschwirtschaften entstehen. Die sogenannten „Kulaki“ (Großbauern) des Sowjetdorfes — das sind einzelne aus dem grünen Meer der Bauernschaft emporgewachsene Warenwirtschaften, die Lohnarbeit ausbeuten und durch Pacht sowie auf anderen Umwegen Grund und Boden in ihren Händen konzentrieren, in einem Ausmaß, das die durch Gesetz festgelegten üblichen Normen für die Zuteilung von Land an Werktätige übertrifft; mitunter erzielen sie durch Mechanisierung und Intensivierung ihrer Wirtschaften, sogar im Rahmen der üblichen Landanteile, eine erhebliche Erweiterung ihrer Wirtschaft. Vom Kulak aber ist es nur ein Schritt bis zum Aufkäufer von Getreide, von Vieh, von Rohprodukten und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und ein weiterer Schritt bis zum Händler in der Stadt und auf dem flachen Lande; noch einen Schritt weiter aber, und es bildet sich bereits das Handels-, Geld- und Industriekapital.

Allerdings muß hierbei hervorgehoben werden, daß dieses Milieu der unentwickelten Kleinbauernwirtschaften, die eben erst in die Warenwirtschaft

hineingezogen werden, in seiner Entwicklung nicht nur nach der Richtung der großen kapitalistischen Wirtschaften tendiert. Seite an Seite mit ihrer Entstehung (schon in der Vorkriegszeit war das so, und es ist zum Teil auch jetzt der Fall) vollzieht sich ein Prozeß der Verelendung (Pauperisierung) eines erheblichen Teiles der ökonomisch schwachen Wirtschaften, deren Besitzer schließlich auf dem Arbeitsmarkt der Städte landen und dort jene bedeutenden Reserven an Arbeitskraft bilden, die in dem Rußland der Vorkriegszeit ständig bestanden und ein für das Proletariat außerordentlich ungünstiges Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskraft schafften. Hier wurzelten denn auch die Tendenzen zur Uebersiedelung in ferne, noch nicht erschlossene Randgebiete, zur Ansiedlung auf neuem Grund und Boden. Die landwirtschaftliche Uebersiedelung wurzelte in dem massenweisen Uebergang des russischen Dorfes zu höheren Produktionsformen, zu Formen, die eine höhere Produktivität der Arbeit des Bauern sicherten.

Zu diesen zwei Richtungen des Umwälzungsprozesses der feudalen (auf Leibeigenschaft beruhenden) Landwirtschaft kam unter den Verhältnissen des Wirtschaftssystems der Sowjetökonomik noch eine dritte Richtung, die den ganzen Prozeß der sogenannten Differenzierung unseres Dorfes wesentlich anders gestaltete. Es ist das die Richtung zur Kollektivisierung in allen Formen, vorwiegend die Richtung zur genossenschaftlichen Erfassung der landwirtschaftlichen Betriebe. Durch diese Kollektivisierung und ihre Anwendung auf die zur Warenerzeugung übergehenden schwachen Wirtschaften, die jede für sich (mit wenigen Ausnahmen) unvermeidlich untergehen würden, werden sie untereinander zu einer mehr oder weniger technisch organisierten Gruppe von Wirtschaften zusammengefaßt, mit gemeinsamen Nutzungsrechten oder, wenn auch mit privater Aussaat, so doch kollektiver Bestellung (Traktoreneinführung), gemeinsamem Drusch, gemeinsamer Saat- und Stechlingsauslese, mit Beschälpunkten, agronomischer Hilfeleistung usw. usw., womit sie kollektiv sämtliche Vorzüge einer leistungsfähigen großen Wirtschaft erwirbt. Auf diese Weise organisieren wir immer mehr Wirtschaften von armen und Mittelbauern zu einer Art landwirtschaftlichen Vereinigungen, die sich mehr und mehr die Vorzüge einer entwickelten agronomischen Technik sowie einer großen Organisation aneignen, die sowohl ihren Absatz als auch ihren Einkauf durch ihre Genossenschaft besorgt. Die Steuerstatistik läßt bereits klar und deutlich den Einfluß dieser unserer Einwirkung auf den Differenzierungsprozeß erkennen; dieser Prozeß ändert sich radikal in seinem ganzen Wesen, und während oben sich nach wie vor einzelne große privatkapitalistische Wirtschaften bilden, geht am anderen Ende unverkennbar ein Rückgang der Entstehung von Paupers vor sich, die Wirtschaften der armen Bauern gehen im Gegenteil immer mehr in die Kategorie der Mittelbauernwirtschaften über und weisen mehr Saatfläche und Vieh auf, als sie früher besaßen; gleichzeitig erstarken auch die Wirtschaften der Mittelbauern, bleiben aber immer noch innerhalb des Rahmens der Kategorie von Mittelbauern und vollziehen den Sprung zur großen Wirtschaft nicht so rasch wie früher.

Zur Illustrierung dieses eigenartigen Prozesses bringen wir nachstehend einige Angaben über die Gruppierung der Bauernwirtschaften in den Zuschußgouvernements; dabei halten wir uns an die grundlegenden Merkmale, die ihre Leistungsfähigkeit charakterisieren:

Verteilung der Wirtschaften (in Prozent)

	Mit einer Saatfläche	1920	1924	1925
In ihrer Gesamtheit	bis zu 2 Desjatinen	65,8	52,0	50,8
	von 2 bis 4 Desjatinen	29,0	38,9	38,0
	„ 4 „ 6 „	4,4	7,6	8,7
	über 6 Desjatinen	0,8	1,5	2,5
Auf Grund der Bevölkerung	bis zu 2 Desjatinen	65,0	41,4	40,6
	von 2 bis 4 Desjatinen	35,7	45,2	43,3
	„ 4 „ 6 „	6,7	10,8	12,1
	über 6 Desjatinen	1,6	2,6	4,0
Auf Grund der gesamten Saatfläche	bis zu 2 Desjatinen	40,1	29,1	26,6
	von 2 bis 4 Desjatinen	45,0	49,8	47,7
	„ 4 „ 6 „	11,4	16,1	18,2
	über 6 Desjatinen	3,5	5,0	8,0
Auf Grund des Arbeitsviehs	bis zu 2 Desjatinen	51,4	34,7	34,5
	von 2 bis 4 Desjatinen	40,7	51,0	46,9
	„ 4 „ 6 „	6,4	11,6	13,7
	über 6 Desjatinen	1,5	2,7	4,9

Diese bemerkenswerten Veränderungen in der gesamten sozialökonomischen Struktur unserer Landwirtschaft, die einen entsprechenden Unterschied zur Vorkriegsstruktur unseres Dorfes darstellen, finden ihre Erklärung lediglich in dem von uns betriebenen Prozeß der genossenschaftlichen Erfassung der Bauernwirtschaften. Wenn wir die Ausmaße dieser Kooperierung zahlenmäßig ausdrücken, so sehen wir, daß die Vergenossenschaftlichung 25 bis 30 Prozent aller auf dem Gebiet unserer Union befindlichen etwa 22 Millionen Bauernwirtschaften erfaßt. Während die landwirtschaftlichen und die Kreditgenossenschaften hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl und der Ausdehnung ihres Netzes den Stand der Vorkriegszeit erreicht, haben die gewerblichen Genossenschaften und insbesondere die Konsumgenossenschaften den Vorkriegsstand bereits um ein Mehrfaches überschritten.

Daraus geht einwandfrei hervor, daß der privatkapitalistische Sektor unserer Volkswirtschaft und damit auch unsere neue Bourgeoisie in steigendem Grade jener Basis beraubt werden, aus der sie die Nahrung für ihr Wachstum schöpfen könnten. Jeder weitere Erfolg des Genossenschaftswesens im Sowjetdorfe sowie jede neue kollektivisierte Wirtschaft — ist ein Minus für den privatkapitalistischen und ein Plus für den vergesellschafteten, sozialistischen Sektor. Natürlich soll nicht geleugnet werden, daß die neue Bourgeoisie und der neue Kapitalismus unter den individuellen Wirtschaften der Mittelbauern, die noch nicht genossenschaftlich erfaßt sind, noch einen gewissen Boden haben, um sich zu entwickeln. Gleichzeitig aber wird dieser Boden durch die materiellen und organisa-

torischen Erfolge in dem entgegengesetzten, genossenschaftlich erfaßten Teil stark beeinträchtigt, und unter der Bauernschaft entsteht der stärkste Drang zur Kooperierung, der so weit geht, daß die Bauernschaft in letzter Zeit verstärkt auf die genossenschaftliche Erfassung des im Dorfe bestehenden Handels hinarbeitet und die Ablösung des Privathändlers durch die Genossenschaft forciert. Bei der neuen Getreide-Aufbereitungskampagne (anscheinend dürfte das auch für die Rohstoff-Aufbereitung der Fall sein) macht sich eine außergewöhnliche sowohl absolute als auch relative Zunahme der Aufbereitungen durch die Genossenschaften bemerkbar. Für die Bauernschaft ist das von wesentlichem Interesse, denn der Bauer, der seine Erzeugnisse durch die Genossenschaft absetzen läßt, erhält dafür nicht nur den gleichen Preis, den ihm der private Aufkäufer zahlt, sondern er ist dazu noch als Mitglied der Genossenschaft an den Profiten der Genossenschaft beteiligt, die er natürlich nicht in Form einer einfachen Dividende, sondern in Form einer Verbilligung seiner industriellen Bedarfsgegenstände erhält. (Es ist allgemein bekannt, daß die Genossenschaft sowohl in der Stadt als auch auf dem flachen Lande die Waren billiger verkauft als ein Privatgeschäft.) Des weiteren werden diese Genossenschaftsgewinne an den Bauer in der Form der durch die Genossenschaft für den gemeinsamen Bedarf des Dorfes erworbenen Traktoren, Dreschmaschinen, Auslesemaschinen usw. verwendet, wodurch die einzelne Kleinbauernwirtschaft einen weit größeren Nutzen erhält als durch eine geringe Summe auf sie entfallender Dividenden.

Aus den vorstehenden Ausführungen geht übrigens auch klar hervor, welch schweren Fehler unsere Opposition begeht, die von der Zunahme der privatkapitalistischen Elemente in unserer Wirtschaft spricht und dazu ausnahmslos alle Bauernwirtschaften, sowohl die der vermögenden Großbauern, die bereits wirkliche kapitalistische Wirtschaften geworden sind, als auch die der Mittel- und der armen Bauern zählt, die von einer privatkapitalistischen Stufe noch weit entfernt sind. Durch derartige Zauberkunststücke läßt sich natürlich der Umfang des privatkapitalistischen Sektors in der haarsträubendsten Weise aufblähen, aber dadurch wird keinesfalls die Wahrheit aus der Welt geschafft, die sich gegen die Opposition Bahn bricht und in das Bewußtsein nicht nur jedes einzelnen Bürgers der Sowjetunion, sondern auch der die Sowjetunion besuchenden Ausländer, eindringt: jener Wahrheit und Tatsache, daß das spezifische Gewicht des privatkapitalistischen Sektors in Wirklichkeit von Jahr zu Jahr zurückgeht.

Um das greifbar aufzuzeigen und die soeben aufgestellte These zu beweisen, nehmen wir nur die oberen Stockwerke unserer Volkswirtschaft, in denen die Rolle und die Bedeutung des Privatkapitals mehr oder weniger genau festgestellt werden kann und wo wir jedenfalls die Tendenz seiner Entwicklung von Jahr zu Jahr verfolgen können. Wir meinen das Gebiet des Handels und der Industrie. Die vergleichenden Kontrollziffern der staatlichen Planwirtschaftskommission sowie die Berechnungen einzelner unserer Volkskommissariate geben auf diese Frage eine mehr oder weniger klare und erschöpfende Antwort.

Die Angaben über den Umfang des gesamten Handelsumsatzes des Landes

sowie der Beteiligung des Privathandelskapitals daran besagen, daß sich der absolute und relative Umfang des Umsatzes des Privathandels, bei einem intensiven allgemeinen Wachstum des Umsatzes, von 6745 Millionen Rubel im ersten Halbjahr 1923/24 auf 16 217 Millionen Rubel im zweiten Halbjahr 1925/26, wie folgt verändert hat:

Periode	In absoluten Ziffern Mill. Rubel	In Proz. des Gesamtumsatzes
1. Halbjahr 1923/24	2945	42,2
2. Halbjahr 1923/24	2244	29,2
1. Halbjahr 1924/25	1943	21,4
2. Halbjahr 1924/25	2810	24,6
1. Halbjahr 1925/26	3510	23,2
2. Halbjahr 1925/26	3180	19,6

Der Anteil des Privathandels gesondert sowohl im Groß- als auch im Kleinhandelsumsatz des Zwischenhandels zeigt folgende prozentuale Veränderung:

Periode	Grosshandel	Kleinhandel	Insgesamt
1923/24	21,8	53,6	40,8
1924/25	9,5	44,3	27,0
1925/26 (auf Grund vorläufiger Berechnungen)	9,4	38,8	24,0

Wenn wir die Struktur des Privathandels auf Grund der Steuerstatistik betrachten, so können wir feststellen, daß in der Gesamtzahl der privaten Handelsunternehmungen — wenn man die Hausierer, fliegenden Händler und Budenhändler überhaupt zu „Unternehmungen“ rechnet — 74,2 Prozent auf die beiden ersten Kategorien der Steuerskala, d. h. auf die von einer einzigen Person betriebenen „Handelsunternehmungen“ des kleinsten Typus entfallen, wobei in diesen Kategorien auf den Anteil des Privathandels 94 bis 98 Prozent der Gesamtzahl der „Unternehmungen“ kommen. In der dritten Kategorie gehören zu den Privatunternehmungen nur noch 54,1 Prozent der Gesamtzahl der Unternehmungen, in der zweiten Kategorie 34,2 Prozent und in der ersten Kategorie 18,2 Prozent, wobei die beiden letzteren Kategorien (verhältnismäßig große Betriebe) nicht mehr als 2,6 Prozent der Gesamtzahl der privaten Handelsunternehmungen in sich schließen, die insgesamt die Zahl von 462 000 erreichen. Noch ausgeprägter kommt die *W i n z i g k e i t* der Privathandelsunternehmungen in folgender Gegenüberstellung zum Ausdruck: im Privathandel gibt es 462 000 Unternehmungen, die nicht mehr als 163 000 Angestellten beschäftigen; d. h. auf je einen Angestellten entfallen etwa drei „Unternehmungen“. Das zeugt davon, daß die überwiegende Mehrheit der privaten Handelsunternehmungen zu der Kategorie der ganz kleinen Geschäfte gehören, in denen der Inhaber allein oder zusammen mit seiner Familie tätig ist. Abgesehen davon, nimmt der Prozeß der Atomisierung der privaten Handelsunternehmungen in letzter Zeit umso stärker zu, je mehr der Privathändler aus dem Großhandel verdrängt wird.

Ebenso sprechend ist die Charakteristik der abnehmenden Rolle des Privathändlers, wenn wir die Höhe seiner Beteiligung an den verschiedenen Handelsoperationen betrachten. Von 1924/25 bis 1925/26 geht der Grad seiner Beteiligung an den entscheidenden landwirtschaftlichen Aufbereitungen wie folgt zurück (dabei bringen wir in einer Rubrik mit den privaten und

anderen nicht planmäßig vorgesehenen Aufbereitern — die kleinen Genossenschaften, staatlichen Organe und Aktiengesellschaften).

Auf den Anteil der nicht planmäßig vorgesehenen Aufbereiter entfallen: (in Prozent)	1924/25	1925/26
Getreide und Futtermittel	50,7	33,9
Leinsamen	25,9	27,5
Hanf	3,8	4,6
Flachs	38,2	38,8
Baumwolle	4,4	3,1
Tabak	36,3	34,3
Großtabak (Machorka)	4,2	4,5
Kuhbutter	65,3	63,5
Eier	55,9	63,3
Häute (Großvieh)	38,0	32,2
Häute (Kleinvieh)	37,3	31,1
Zuckerrüben	—	—

Daraus ersehen wir, daß der Grad der Beteiligung der nicht planmäßig vorgesehenen Aufbereiter und, infolgedessen, auch des Privatkapitalisten an den nicht planmäßig vorgesehenen Arten der landwirtschaftlichen Aufbereitungen, der meistens an und für sich nicht besonders hoch ist (wenn man von der Aufbereitung der Butter, der Eier, sowie des Fleisches absieht, über das keine genauen Angaben vorhanden sind) merklich zurückgeht. Die Erhöhung des Prozentsatzes der nicht planmäßig vorgesehenen Aufbereitungen der einzelnen Warengattungen liegt entweder in zufälligen Ursachen oder in den Fehlern unserer Preispolitik für die Aufbereitung, die wir im laufenden Wirtschaftsjahr (für Eier, Flachs, Machorka und Leinsamen) bereits abstellen.

Eine genauere summarische Berechnung aller Aufbereitungen landwirtschaftlicher Produkte, unter Außerachtlassung der Einkäufe der Bauern für den inneren Bedarf, ergibt für das Jahr 1924/25 in bezug auf den Anteil des Privatkapitals 47,2 Prozent, für 1925/26 40,5 Prozent und in den 12 wichtigsten Erzeugnisarten 26,9 bzw. 20,7 Prozent.

Hinsichtlich der Realisierung der industriellen Erzeugnisse ergibt sich für das Jahr 1924/25 eine Anteilsquote des Privathandelskapitals in Höhe von 27 Prozent, wenn man die 7 Prozent außer acht läßt, die auf die Realisierung der eigenen Erzeugnisse durch die Heimgewerbetreibenden entfallen. Etwas höher ist die Quote des Privathändlers hinsichtlich der Realisierung der Bedarfsgegenstände (ungefähr 38 Prozent, wobei in bezug auf die Erzeugnisse der Kleinindustrie dieser Quotenanteil höher ist als in bezug auf die Erzeugnisse der Großindustrie. Die Kurve dieser Anteilquote zeigt, daß der Anteil vom 1. Halbjahr 1924/25 bis zum ersten Halbjahr 1925/26 in der Textil- und Metallindustrie merklich zurückgeht, während er z. B. in der Zuckererzeugung steigt.

Von irgend einer wesentlichen Beteiligung des Privathandelskapitals an den Außenhandelsoperationen kann kaum die Rede sein: die Anteilquote übersteigt hier kaum 2 bis 3 Prozent, und selbst, wenn man den Schmuggel mit einberechnet, so macht er auch dann nicht mehr als 6 bis 8 Prozent des gesamten Außenhandelsumsatzes aus.

Wenn die Rolle des Privatkapitals in dieser Sphäre, in der es unter den Verhältnissen in der Sowjetunion überhaupt die günstigste und mannigfachste Anlagemöglichkeit besitzt, bereits so gering ist, so muß sie in der

Industrie, in die das Privatkapital erst nach einer gewissen Konzentration und seiner Konsolidierung in der Umlaufssphäre eindringen kann, a priori noch schwächer sein, ganz abgesehen davon, daß dort seine Anlagegelegenheiten durch den Rahmen der nationalisierten staatlichen und genossenschaftlichen Industrie außerordentlich beschränkt sind, und neben dieser Industrie noch eine ebenso große Anzahl kleiner Unternehmungen vom Heimgewerbs- und Handwerkstyp, sowie verpachteter kleiner staatlicher Betriebe besteht.

Es gilt hier, ebenso wie auf dem Gebiete der Landwirtschaft, zu unterscheiden zwischen privatkapitalistischen Unternehmungen (mit Lohnarbeit (und Heimgewerbe- und Handwerker- oder Artel- und Genossenschaftsbetrieben, die je nach der Vervollkommnung der Produktionstechnik nicht in der privaten Manufaktur und Fabrik aufgehen, sondern in der genossenschaftlichen, was überaus wesentlich ist.

Selbst wenn die Bruttoerzeugung der gesamten Privatindustrie, u. a. auch der Heimgewerbe- und Handwerkerbetriebe, im Jahre 1925/26 19 Prozent der gesamten industriellen Bruttoerzeugung nicht übersteigt, bzw. wenn sie, absolut gesehen, die Summe von 1252 Millionen Vorkriegsrubeln nicht übersteigt, so entfallen auf den Anteil der privaten eingetragenen Industrie, u. a. auch der Konzessionsbetriebe (bei den privaten eingetragenen Betrieben handelt es sich um Betriebe mit 16 und mehr Arbeitern bei Motorenbetrieb, bzw. 30 und mehr ohne Motorenbetrieb) folgende Sätze der Gesamtproduktion:

Periode	absol. Menge in Mill. Vorkr. Rub.	in Proz. der Bruttoerzeug. der ges. eingetr. Industrie
1923/24	136	5,2
1924/25	167	4,2
1925/26	241	4,1

Daraus ersehen wir, daß die Anteilnahme des privaten, darunter auch des Konzessionskapitals, an der Bruttoerzeugung der Industrie außerordentlich gering ist und außerdem auch noch ständig zurückgeht. Natürlich fällt eine bestimmte Anzahl ganz kleiner privat-industrieller Betriebe nicht unter diese Berechnung, aber im Vergleich zu den Ausmaßen der genossenschaftlich erfaßten Heimgewerbe- und Handwerkerbetriebe ist ihre Anteilquote dennoch geringer. Ueber die wirklichen Ausmaße der privatkapitalistischen Industrie, die in der einen oder anderen Form Lohnarbeit ausbeutet, geben die Angaben über die Verteilung der Arbeitskraft in den einzelnen Arten der Privatindustrie eine Vorstellung:

Anzahl der beschäftigten Lohnarbeiter:

Periode	In der großen Privatindustrie		In der kleinen Privatindustrie		In der gesamten Privatindustrie	
	in 1000	in % der ges. Großindustrie	in 1000	in % der ges. Kleinindustrie	in 1000	in % der gesamten Industrie
1923/24	47	2,6	221	57,6	268	12,3
1924/25	46	2,2	215	56,0	261	10,5
1925/26	59	2,2	224	56,0	283	9,2

Man braucht hierzu nur hinzufügen, daß die Durchschnittszahl der auf ein eingetragenes Privatunternehmen entfallender Arbeiter — 21,1 Arbeiter im Jahre 1923/24, 22,3 Arbeiter im Jahre 1924/25 und 34 Arbeiter im Jahre 1925/26 betrug, um eine klare Vorstellung über den Typ der privatkapitalistischen Betriebe, die in letzter Zeit allerdings etwas größer geworden sind, zu erhalten.

Ebenso belanglos ist im großen und ganzen die Beteiligung des Privatkapitals am Bauwesen (etwa 5 bis 6 Prozent) und am Transportwesen, in der Hauptsache auf den Wasserwegen sowie im Autolastverkehr, da sämtliche Eisenbahnen und alle großen Schiffe nationalisiert sind.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auch der Umfang des Privatkapitals im Einklang stehen muß mit einer derart beschränkten Beteiligungsquote an den volkswirtschaftlichen Prozessen. Es ist klar, daß ein Jahreshandelsumsatz von 6 bis 7 Milliarden, der obendrein vorwiegend den Kleinhandel betrifft (der sich durch einen raschen Umsatz auszeichnet), auch nicht mehr als 3 bis 400 Millionen Rubel erforderlich macht. Ebenso können auch für die Erzeugung industrieller Waren in Höhe von 400 bis 600 Millionen Rubel in der Kleinindustrie nicht mehr als 200 bis 300 Millionen Rubel erforderlich sein.

Wenn man annimmt, daß ungefähr 100 Millionen Rubel in der Form von Kapitalersparnissen (Wertpapieren, Gold, Valuta usw.) verbleiben, die weder im Handel noch in der Industrie angelegt sind, und daß die gleiche Summe im Privattransportwesen, im kleinen Hausbesitz sowie im Bauwesen steckt, so erhalten wir einen Gesamtumfang des Privatkapitals im Handel und in der Industrie (ohne die Landwirtschaft) in Höhe von 700 bis 900 Millionen Rubel. Das sind die Berechnungen der speziellen Kommission des Obersten Volkswirtschaftsrates. Vergleiche den Artikel von A. N. Ginsburg in Nr. 8 der „Volkswirtschaft“. Einem solchen Umfang des Privatkapitals muß denn auch die Privatakkumulation entsprechen, die nach der maßgebenden Meinung desselben A. N. Ginsburg kaum 100 Millionen Rubel im Jahre 1924/25 übersteigt. Auf Grund anderer Angaben übersteigt sie auch im folgenden Jahr 1925/26 nicht 120 bis 150 Millionen Rubel.

Das sind die ausschlaggebenden, in unserem Besitz befindlichen Angaben über den Umfang und die Entwicklungstendenzen des privatkapitalistischen Sektors in unserer Volkswirtschaft. Diese Angaben zeugen einwandfrei davon, daß die Furcht der Opposition vor den Privatkapitalisten und den Kulaken offensichtlich übertrieben ist. Die Größe des Einflusses dieser Elemente ist durchaus nicht so bedeutend, außerdem gehen sie relativ von Jahr zu Jahr zurück, wenn sie auch, absolut gesehen, nach wie vor zunehmen.

Wir wären allerdings leichtsinnige Optimisten, wenn wir auf Grund der Kurve von 2 bis 3 Jahren, und der in diesen Jahren hinsichtlich der Vergesellschaftung unserer Wirtschaft erzielten Erfolge den Schluß ziehen wollten, daß die privatkapitalistische Gefahr vollkommen beseitigt sei, oder wenn wir die Fragen der privaten Akkumulation, des Wachstums der neuen Bourgeoisie und besonders der fortgesetzten Differenzierung des flachen Landes sowie der Entstehung von Kulakenelementen einerseits und der teilweisen Entstehung von Paupers andererseits von der Tagesordnung absetzen wollten. Infolge seiner atomisierten und winzigen Verfassung zeichnet sich

das Privatkapital durch eine außerordentliche Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit, Geschwindigkeit des Umsatzes sowie durch die Fähigkeit aus, der steuerlichen Erfassung zu entgehen. Da es sich im Stadium der ursprünglichen Akkumulation befindet, stürzt es sich außerdem außerordentlich gierig auf all jene Stellen, die einen leichten Verdienst, Spekulationsgewinne, Bereicherung und eine rasche Akkumulation versprechen.

Wenn wir uns das Privatkapital deshalb durch eine Regulierung der Preise, der Frachtbriefe, der Steuern, des Kredits und andere Hebel der wirtschaftlichen Einwirkung seitens der organisierten sozialistischen Großwirtschaft unterwerfen, so ist es klar, daß wir es dadurch mehr oder weniger anhalten zur Ausübung einer nützlichen Rolle in jenen Teilen unserer außerordentlich verschiedenartigen Wirtschaft als Ganzes, wo es leicht und ohne Nachteil für uns verwertet werden kann und sogar unentbehrlich ist, soweit an solchen Stellen noch keine Genossenschaften bestehen, oder soweit sich diese noch nicht gefestigt haben. Gleichzeitig unterwerfen wir das Privatkapital an anderen Stellen unserer allgemeinen Leitung und verwandeln es nach und nach aus einem Kontragenten in unseren Agenten (z. B. die obligatorischen Aufschläge auf Manufakturzeugnisse, die gegenüber dem Moskauer Manufakturkleinhandel üblich sind). Wir dürfen dabei aber nicht so sehr zu administrativen als zu ökonomischen Methoden der Einwirkung greifen. (Wir dürfen dabei nicht zu der sogenannten administrativen Regulierung der privaten Getreidetransporte greifen, was faktisch bedeutet, daß sie in den Hintergrund gedrängt werden, sondern müssen uns einer Differenzierung der Frachttarife in bezug auf die Privatfrachten im Getreidewesen usw. bedienen, wie das geplant und in allerletzter Zeit von uns erstmals durchgeführt wurde.)

Wir stellen somit sämtliche erwähnten Eigenschaften unseres Privatkapitals durchaus in Rechnung, ebenso wie wir die in der Landwirtschaft verbliebenen Quellen für sein weiteres Wachstum im Auge behalten und durch ein wohl überlegtes System ökonomischer Maßnahmen das Privatkapital in jene beschränkte Bahnen leiten, in denen es aus einer schädlichen elementaren Kraft in einen nützlichen Faktor unserer wirtschaftlichen Entwicklung verwandelt werden kann, den wir so lange benützen, bis unsere gesamte wirtschaftliche Lage sich so geändert hat, daß eine Existenz des Privatkapitals überhaupt überflüssig wird.

TAGESORDNUNG DES VII. ERWEITERTEN PLENUMS DER EXEKUTIVE DER KOMINTERN

Das Präsidium des EKKI hat für die nächste Tagung der Erweiterten Exekutive folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Die Weltlage und die nächsten Aufgaben der Komintern.
Referenten: Gen. Bucharin und Kuusinen.
2. Fragen der KPSU. Referent: Gen. Stalin.
3. Lehren des englischen Streiks. Referent: Gen. Murphy.
4. Chinesische Frage. Referent: Gen. Tan Ping-schan.
5. Arbeit der Kommission in der Gewerkschaftsbewegung.
(Behandlung der Frage in der Kommission in Aussicht gestellt.)
Referenten in der Kommission: Gen. Losowski und je ein Vertreter der tschechischen und französischen Delegation.
6. Arbeit der Kommunisten in der Bauernbewegung.
(Behandlung der Frage in der Kommission in Aussicht gestellt.)
Referenten in der Kommission: Vertreter der Bauernkommission und je ein Vertreter der italienischen, deutschen und chinesischen Delegation.
7. Fragen der einzelnen Sektionen.

H. WALECKI: MEMOIREN EINES SOZIALPATRIOTEN*

Der kürzlich erschienene zweite Band der Memoiren des alten Führers der PPS — der klassischsten sozialpatriotischen Partei der vorkriegszeitlichen II. Internationale — erstreckt sich auf die Zeit von 1908 bis zu Ende des Weltkrieges. Das Buch ist in der Hauptsache deshalb interessant, weil es zahlreiche Enthüllungen über die Rolle der polnischen und zum Teil auch der österreichischen Sozialpatrioten bei der Vorbereitung des Weltkrieges und während desselben enthält. Von besonderem aktuellen Interesse sind die mitgeteilten Tatsachen über die Tätigkeit Pilsudskis, der erst mit dem Beginn des Krieges die PPS formell verlassen und sich noch während des Krieges als „Sozialist“ bezeichnet hat.

Daszynski stellt (Seite 35/36) zum ersten Mal in der Presse fest, daß Pilsudski noch im September 1908 persönlich eine „Expropriation“ auf der Station Besdany, Warschau-Petersburg-Bahn, geleitet hat. Weiter erzählt Daszynski, daß er selbst sich mit dem Wechseln des erbeuteten Geldes in verschiedenen Städten Westeuropas befaßt und daß auch „die heutige Frau des Ersten polnischen Marshalls“ sich aktiv am „Ex“ von Besdany beteiligt hat.

1909, im Zusammenhang mit dem durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina hervorgerufenen russisch-österreichischen Konflikt, „beginnt die hochbedeutende geschichtliche Rolle Josef Pilsudskis“. „Gestützt auf die faktische Möglichkeit einer Arbeit unter dem Militär in Oesterreich“ und unter Benutzung „des sympathisierenden Standpunktes der Dynastie und eines bestimmten (!) Teils des Generalstabs“ begann Pilsudski in Galizien mit der Organisation „einer revolutionären (!) Armee, als einer Hilfskraft der Kampforganisation der PPS“ (S. 43—45).

Im Jahre 1911, als an die Spitze der österreichischen Regierung Graf Stürkh trat (später, im Jahre 1916, von Friedrich Adler auf diesem Posten erschossen), „knüpfte Pilsudski Verbindungen mit dem österreichisch-ungarischen Generalstab an und beteiligte sich an Beratungen der Militärs in Lemberg und Przemyśl. „Er hielt es für notwendig (erzählt Daszynski) mich stets in den Inhalt dieser Beratungen einzuweihen. Seine Beziehungen zu diesen Generalstäblern hatten durchaus nicht (!) den Charakter einer Abhängigkeit von der österreichischen Armee. Es war eher eine Reihe belehrender Vorträge über die russischen Verhältnisse, die für die erdrückende Mehrheit der österreichischen Militärs eine Reihe sensationeller Entdeckungen waren“ (Seite 95).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Führer der österreichischen Sozialdemokratie in Wien über diese patriotische Spitzeltätigkeit Pilsudskis und Daszynskis ausgezeichnet informiert waren und sie in jeglicher Weise unterstützten. Daszynski hielt zu jener Zeit im österreichischen Parlament eine ganze Reihe von Reden, in denen er der Regierung die Dienste „des polnischen Volkes“ im Falle eines Krieges mit Rußland anbot. Im November 1912 trat Pilsudski auf seiner Reise zur Besichtigung der polnischen Schützenorganisationen in Westeuropa in Wien, auf dem Parteitag der Oesterreichischen Sozialdemokratie als offizieller Vertreter der PPS auf und erklärte unter stürmischem Beifall der Zuhörer, daß er im Kriegsfall „die Verwirklichung jener Ideale anstreben werde, deren Verwirklichung die russische Revolution uns 1905 schuldig geblieben ist.“ (!)“

Bei der Schilderung seiner Beteiligung am Baseler Internationalen Kongreß (Ende November 1912) erzählt uns Daszynski eine interessante Episode, die bisher noch nicht veröffentlicht wurde. Daszynski richtete im Namen der PPS-Delegation an die Delegation der Sozialdemokratie Polens und Litauens (Vertreterin Rosa Luxemburg) und an die „Leviza“ (Linke) der PPS (Vertreter Walecki) den Vorschlag, eine gemeinsame Deklaration sämtlicher polnischen Sozialisten über ihren Standpunkt zum Krieg mit Rußland zu veröffentlichen. Als er eine kategorische Absage erhielt, setzte Daszynski eine allgemeine Diskussionsversammlung durch „unter der von der Leviza gestellten Bedingung, daß keinerlei Beschlüsse gefaßt werden sollten“. Es ist nicht ohne Interesse, in welcher Gestalt dieser Abend im Gedächtnis Daszynkis erhalten ist:

* Ignacy Daszynski: Panietuski, Band 2, Krakau 1926.

„Ich wies auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin — erzählt er — und darauf, daß wir polnischen Sozialisten diesem Kriege nicht untätig zuschauen dürften. Wir rüsten uns zu einem bewaffneten Kampf gegen den Zarismus unter der Losung der Unabhängigkeit Polens und fragen, ob die Leviza und die Sozialdemokraten sich diesem Kampfe anschließen wollen. Die Leviza antwortete ziemlich bissig . . . Sie werde Revolution machen, und könnte sie es nicht in Polen tun, da das Land in den Händen des russischen Militärs ist, so werde sie sie, sei es auch in Samara machen (1) . . . Marchlewski (Rosa Luxemburg fehlte krankheitshalber) erwiderte ironisch, daß treffsicheres Schießen und überhaupt Waffenkenntnis der Jugend ihm höchst sympathisch sei, daß aber die Sozialdemokraten jegliche Mitwirkung ablehnen. Der ganze lange Abend verging in einer solchen unerquicklichen Unterhaltung, weil beide Parteien sich vorbehaltlos mit den russischen Parteien solidarisierten. Ihretwegen lösten sie jede Verbindung mit dem polnischen Sozialismus auf, der kein bloßes Anhängsel des russischen sein konnte und wollte . . . Sowohl die Leviza als auch die Sozialdemokraten sehen wir heute in den Reihen der russischen bolschewistischen Parteien. Wir aber, um den Gedanken des demokratischen Sozialismus und der nationalen Unabhängigkeit zu retten, schlugen einen ganz anderen Weg ein. Die Baseler Besprechung deckte die Kluft auf, die zwischen uns und jenen gähnte, die später dem auf Freiheit begründeten Sozialismus den Rücken kehrten sollten. An diesem Abend, der mir tief im Gedächtnis blieb, war ich recht niedergeschlagen“ . . . (S. 112/113).

Nachdem nun Daszynski und seine Freunde sich von den internationalen Sozialdemokraten eine glänzende Niederlage geholt hatten, begannen sie mit um so größerer Energie, unter den kleinbürgerlichen polnischen Parteien nach Verbündeten für ihre „Kriegsvorbereitungen“ zu suchen, um ihren Gönnern aus dem österreichisch-ungarischen Generalstab die ganze Breite ihrer Basis zu demonstrieren. Gemeinsam mit einer Reihe anderer Gruppen gründeten sie Ende 1912 eine „Provisorische Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien“, die in ihrem Manifest erklärte: „Solange Oesterreich-Ungarn im Interesse seines Staatswesens gegen Rußland Krieg führt, solange wird es unser natürlicher Verbündeter sein.“ Diese Kommission hatte Agenten in London, Paris . . . , Stockholm, Florenz, Konstantinopel“, und selbst „Verbindungen mit Sun Yat-sen waren angeknüpft“.

Der Weltkrieg kam. Daszynski unterbrach seine Kur, reiste nach Wien, besuchte den Innenminister und nahm an der Aussprache mit ihm „die tiefe Ueberzeugung mit, daß Oesterreich alle Vorbereitungen zum Krieg getroffen hat“ (S. 148). „Ich mußte unwillkürlich an die Worte des Entzückens denken, die Mizkewicz über den Frühling 1812 geäußert hatte . . . Ich trug in diesen Tagen ein festes Glücksgefühl, den festen Glauben im Herzen, daß unser Lebenstraum nun vor seiner Verwirklichung steht.“ (Seite 158.)

In diesen Tagen handelte Pilsudski „entschlossen“. Um einen entsprechenden Druck auf die österreichischen Militär- und Regierungskreise sowie auf die leitenden polnisch-galizischen Kreise auszuüben, nahm Pilsudski zu einer eigenartigen Verschwörertaktik nach der Art Netschajews Zuflucht. Er marschierte aus Krakau an der Spitze einer Schützengruppe ab und erließ ein Manifest über die angeblich in Warschau erfolgte Bildung einer geheimen „Nationalregierung“, von der er, Pilsudski, zum „Oberbefehlshaber“ über alle polnischen Streitkräfte „eingesetzt worden sei“. In seinen Memoiren schreibt Daszynski offen, daß es eine solche „Regierung“ niemals gegeben habe und daß das Manifest Pilsudskis ein einfacher Bluff gewesen sei. (S. 158.)

Die Berechnungen Pilsudskis erwiesen sich als richtig. Als die Krakauer Konservativen und „Demokraten“ erfuhren, daß „der Kaiser sich angeblich wohlmeinend über eine selbständige politische Aktion geäußert hat“, beschlossen sie, aus den Vertretern sämtlicher Parteien ein „Oberstes Nationalkomitee“ zu bilden und der österreichisch-ungarischen Armee eine polnische Schützenlegion einzuverleiben. Pilsudski, der bei seinem Ausmarsch aus Krakau Daszynski erklärt hatte, „er würde sich eine Kugel durch den Kopf jagen“, wenn die Oesterreicher seine Abteilung auflösen wollten, stellte sich begeistert dem Komitee zur Verfügung und erklärte die „Nationalregierung“ für aufgelöst. „Das hat mir mein Leben gerettet“, äußerte er sich zu Daszynski (S. 170).

Die nächsten Kapitel der Memoiren enthalten ziemlich langweilige Berichte über die Kriegsschicksale der polnischen Legionen und über die inneren Zwistigkeiten und Intrigen unter den polnisch-galizischen Politikern. Daszynski beklagt sich bitter darüber, daß seine Mitarbeiter und Rivalen im „Obersten Nationalkomitee“ mit zu großem Energieaufwand und zu großer Gewissenhaftigkeit gegen besondere Vergütung Spionagearbeit für den

österreichisch-ungarischen Stab machten. Gleichzeitig versuchten Daszynskis Freunde, Jodko und Sokolnicki, auch mit dem deutschen Generalstab auf diesem Boden Beziehungen anzuknüpfen, um einen Stützpunkt gegen die Oesterreicher zu gewinnen. Als der Chef des Kriegsdepartements des Obersten Nationalkomitees, Sikorski (später General der polnischen Armee, Premierminister und bald Freund bald wütender Feind des Marschalls Pilsudski) davon erfuhr, denunzierte er sie an den österreichischen Generalstab usw. usw. (S. 218.)

Ende 1915 bezeichnete sich Pilsudski noch als „Sozialist“. Als Daszynski ihn um seine Meinung über den Eintritt der polnisch-galizischen Sozialisten ins polnische „Kolo“ befragte, riet ihm Pilsudski, die „überlieferte Taktik“ fahren zu lassen: „die Sozialisten müssen um der Existenz und der Ehre Polens willen dem Rufe Folge leisten“ und dem Kolo beitreten.

Nicht ohne eigentümliches Interesse sind die Berichte Daszynskis über seine Besuche bei Pilsudski an der Front, über Trinkgelage („nach diesen Konferenzen beteiligte ich mich an einem ganz unwahrscheinlichen Gelage, veranstaltet von den Offizieren und Feinden“ S. 223), über die „Brüderschaft“, die er mit Pilsudski an seinem Namenstag getrunken hat.

Im Sejm der polnischen Republik hat einmal ein rechter Abgeordneter (Korfanty) gegen Daszynski die Beschuldigung erhoben, er habe in einer seiner Reden in einer Kolo-Sitzung gesagt: „Wir ranken wie Epheu um den Habsburger Thron empor.“ Empört über diese „Verleumdung“, bringt Daszynski den vollen Text seiner im Oktober 1916 gehaltenen Rede, in der wörtlich folgender Satz enthalten ist: „Unser Programm rankt sich wie Epheu am Habsburger Thron empor, doch hatte und hat dieser Epheu auch im polnischen Boden Wurzeln.“ (S. 241.) Ein überzeugender Gegenbeweis!

Im gleichen Jahre reiste Daszynski nach Budapest, wo er sich eine Audienz beim Grafen Tysza erbat. Tysza wollte von einem Anschluß des ehemaligen Russisch-Polen an Galizien nichts wissen, er verfocht die „deutsche“ Lösung, d. h. ein winziges „unabhängiges“ Polen, gebildet aus dem von Deutschland beschnittenen Russisch-Polen, „versprach jedoch seinen Einfluß geltend zu machen, damit die Okkupation desselben nicht so dumm und qualvoll sein soll“ (S. 245). Den Eindruck, den Tysza auf Daszynski gemacht hatte, bezeichnet dieser letztere übrigens als „unsympatisch“.

Die Februarrevolution 1917 brach aus. Daszynski sieht in ihr vor allem eine Zerstörung der Kriegsmacht Rußlands und „freut sich unbändig“. Das Manifest der Provisorischen Regierung, das das Recht Polens auf Unabhängigkeit unter der Bedingung einer Militärunion mit Rußland anerkennt, empört ihn als ein Akt der Heuchelei, jedoch wenige Wochen darauf stimmt derselbe Daszynski gemeinsam mit der polnischen „Narodowa Demokratia“ (Zarentreue Konservative) für die Deklaration des Kolo im österreichischen Reichstag, worin es heißt:

„Das polnische Kolo gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der mit uns sympathisierende österreichische Kaiser unsere Sache in die Hand nehmen wird. Die Wiederherstellung des polnischen Staates mit der Unterstützung Oesterreichs wird diesem letzten einen natürlichen und treuen Bundesgenossen sichern.“ (S. 265.)

„Diese Rede — schreibt er — hat mir meine Reise nach Stockholm ermöglicht, denn Graf Czernin hatte ein Interesse daran, auch Oesterreich zu einem Friedensfaktor (1) zu machen und die Wohlgeneigtheit der sozialistischen Internationale zu gewinnen.“ (S. 269.)

Im Sommer 1917 hielt sich Daszynski in Stockholm auf im Zusammenhang mit der von den sozialdemokratischen Agenten der Zentralmächte vorbereiteten Konferenz. Um leichter einen Auslandspaß zu bekommen, hielt Daszynski im Wiener Parlament eine entsprechende Rede:

Mit Bitternis erwähnt Daszynski seine Differenzen mit den deutschen und deutsch-österreichischen Sozialdemokraten, die von einer Wiedervereinigung Polens „nichts wissen wollten“ und nur dem ehemaligen Russisch-Polen „Unabhängigkeit“ zuzugestehen bereit waren.

In Stockholm hörte Daszynski von der Verhaftung Pilsudskis durch die deutschen Behörden und von seiner Internierung in Magdeburg wegen seines Widerstandes gegen die Anwerbung von Soldaten in Polen für das Hilfskorps der deutschen Armee, dem auch die Ueberreste der polnischen Legionäre einverleibt werden sollten. In den nächstfolgenden Monaten setzte Daszynski seine intimen Verhandlungen mit dem Grafen Czernin fort in

* Polnische Fraktion im Parlament.

der Hoffnung, auf diesem Wege von den Deutschen einige Zugeständnisse und die Befreiung Pilsudskis zu erlangen.

Erst während der Verhandlungen in Brest erfuhr Daszynski, daß Czernin nichts als ein „Betrüger und heuchlerischer Politiker“ war, da er mit dem Vertreter „der Ukrainischen Volksrepublik“, „dem 27jährigen Herrn Sewrjuk, einem aus der Lemberger Universität relegierten Studenten, Frieden geschlossen hatte“. (S. 294.) Der Brester Frieden war in den Augen Daszynskis ein Verbrechen, hauptsächlich weil er das Cholm-Gebiet den von einem „relegierten Studenten“ vertretenen Ukrainern überlassen hat.

Der Weltkrieg ging zu Ende. Am 30. Oktober 1918 entwarfnete die polnische Bevölkerung Krakaus die Ueberreste der österreichischen Garnison und besetzte die Festung. Daszynski wurde Mitglied der polnischen Liquidationskommission, die die zeitweilige Verwaltung Westgaliziens übernahm. Am 1. November besetzten die aufständischen Ukrainer Ostgaliziens ihre Hauptstadt Lemberg. Ignacy Daszynski erzählt, wie sein Sohn Felix, Student des Politechnikums, mutig gegen die Ukrainer gekämpft hat, und beklagt sich bitter darüber, daß er für seine Heldentaten „nicht einmal einen Kriegssorden erhielt, den er doch unbedingt verdient habe“.

Am 6. November bildet Daszynski in Ljublin eine „Volksregierung“, der PPS-Mitglieder und Vertreter der Bauernparteien, darunter auch der Kulak Witos, angehören.

Am 11. November erscheint in Warschau der durch die deutsche Revolution befreite Pilsudski, dem nunmehr der seinerzeit von den deutschen Okkupanten eingesetzte „Regentenrat“ die Macht abtrat. Pilsudski ruft Daszynski telephonisch zu sich und beauftragt ihn mit der Bildung der Regierung.

„Am einfachsten — berichtet Daszynski — wäre die Bildung einer Koalitionsregierung aus Vertretern aller Parteien gewesen. Doch die Lage der polnischen Massen war im November 1918 eine derartige, daß man sich ähnliches nicht einmal träumen (!) lassen durfte. Rings um Polen herrschte die siegreiche Revolution; in Rußland und in der Ukraine stand schon seit einem ganzen Jahr die bolschewistische Regierung am Ruder, in Deutschland waren die extremsten (!) linken Sozialisten (gemeinsam mit den Rechten), zur Macht gelangt, in Ungarn rüsteten sich die Kommunisten zur Machteroberung. Die polnischen besitzenden Klassen waren in „Passivität“ erstarrt, die Bauern, die Arbeiter und die patriotischen Intellektuellen befanden sich in einem Zustand höchster revolutionärer Erregung. Die Machtergreifung durch städtische oder ländliche Kapitalisten hätte eine so große Gärung in den Massen zur Folge gehabt, daß selbst die konservativen Kreise Russisch-Polens und Galiziens dies einsahen und den Eintritt in die Regierung ablehnten. Ein Krieg mit den Ukrainern und die Gefahr nahender Zusammenstöße mit Rußland und den Tschechen verlangte vom Volke wiederum Opfer an Blut und Leben . . . Im November war eine Koalitionsregierung in Polen unmöglich, doch auch er nahm Rücksicht auf die Hindernisse und entschloß sich zu einer Volksregierung“. (S. 328—391.)

Dies sind die von Daszynski mit naivem Zynismus geschilderten Quellen der polnischen Karikatur auf die Kerenskiade.

Nachdem Daszynski am 16. November ein Ministerium mit seinem Gesinnungsgenossen Moraczewski an der Spitze gebildet hatte, verließ Daszynski vorläufig die politische Arena.

Der 2. Band der Memoiren Daszynskis enthält wertvolles Material zur Charakteristik des polnischen — und nicht nur des polnischen — Sozialpatriotismus.

Daszynski, der durchtriebene Politikaster, verschweigt zweifellos manches, was seiner Meinung nach der Mitwelt am besten verborgen bleibt. Doch selbst das, was er nicht verschweigt, reicht vollkommen aus, um festzustellen, wie innerlich fremd und ihrem Wesen nach der Arbeiterklasse feindlich die Leute sind, die an der Spitze der „Arbeiter“-Parteien der II. Internationale stehen.

J. F. HERRABIN

GRUNDRISS DER WIRTSCHAFTSGEOGRAPHIE

Aus dem Englischen übersetzt von

K. A. WITTFOGEL

Aus dem Vorwort: Der proletarische Student, der in das Wesen des Imperialismus eindringen will, stößt oft auf Schwierigkeiten, die dem Mangel an geographischer Kenntnis entspringen. Dieser Mangel läßt sich nicht beheben durch das Studium eines Lehrbuches der Wirtschaftsgeographie im üblichen Sinne, das dem Leser die Aneignung einer größeren Anzahl mehr oder minder systematisch gruppierter Einzelkenntnisse vermittelt. Was nützt, ist eine Uebersicht über Erdkunde „in ihrem Verhältnis zu Geschichte und Wirtschaft“, die „aus der großen Masse des geographischen Materials“ diejenigen Tatsachen auswählt, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse von größerer Bedeutung sind als andere.

Die Aufgabe, einen solchen Ueberblick zu geben, hat der Verfasser des vorliegenden Werkchens in der vortrefflichsten Weise gelöst. Von dem Buche, das aus Vorträgen in Arbeiterkursen entstand und dessen erste Ausgabe Ende 1923 erschien, sind bereits mehrere englische Auflagen vergriffen; es sind auch von ihm zwei russische Uebersetzungen erschienen. Es zeichnet sich aus durch eine vollständige Beherrschung des Stoffes und durch eine meisterhaft klare, übersichtliche und präzise Darstellung.

208 Seiten

44 Karten

Preis broschiert 2,50 Mark, Leinen gebunden 3,50 Mark